



## IRAN

# AUFSTAND DER MUTIGEN

**IN ACTION**

Ukraine: Solidarisch bleiben!

**GHANA**

Riskanter trans Aktivismus

**KAMBODSCHA**

Zum Betrug gezwungen

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



# GENERALVERSAMMLUNG 2023

DER SCHWEIZER SEKTION VON AMNESTY INTERNATIONAL AM 3. JUNI 2023 IN LAUSANNE

An der diesjährigen Generalversammlung werden wir unsere Kampagne «Protect the Protest» in der Schweiz lancieren. Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird überall auf der Welt – auch in der Schweiz – mehr und mehr eingeschränkt. Die aktuellen Ereignisse im Iran, in Peru und anderswo zeigen, wie wichtig es ist, sich für das Recht auf Protest einzusetzen.

An der Generalversammlung 2023 werden Sie mehr darüber erfahren, wie Protest als Instrument zur Veränderung eingesetzt werden kann, und die Grundlagen des Demonstrationsrechts kennenlernen.

Ausserdem freuen wir uns darauf, mit Ihnen in den Workshops zu diskutieren und uns auch informell mit Ihnen auszutauschen.

Alle Mitglieder von Amnesty Schweiz sind herzlich zur Generalversammlung eingeladen. Falls Sie noch kein Mitglied der Schweizer Sektion von Amnesty International sind: Treten Sie jetzt bei!

Für Anmeldungen zur Generalversammlung und Mitgliedschaftsanträge:  
[www.amnesty.ch/gv](http://www.amnesty.ch/gv)

Die Mitglieder von Amnesty Youth treffen sich bereits am Freitagnachmittag, dem 2. Juni 2023, in Lausanne zum Jugendtreffen rund um das gleiche Thema.

Der statutarische Teil der Generalversammlung (Abstimmungen und Wahlen) findet am Donnerstag, dem 15. Juni 2023, abends online statt.

Motionen und Postulate können bis zum 20. April 2023 eingereicht werden.



**Impressum:** AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 113, März 2023. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter\*innen dieser Nummer:** Jean-Marie Banderet, Annika Biedermann, Hëlin Dirik, Hannah El-Hitami, Beat Gerber, Cyrielle Huguenot, Maurine Mercier, Mathias Peer, Olalla Piñeiro Trigo, Gilda Sahebi, Lisa Salza, Anita Streule. **Gestaltung:** [www.muellerluetolf.ch](http://www.muellerluetolf.ch). **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus Recyclingmaterial hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter [issuu.com/magazin-amnesty-schweiz](http://issuu.com/magazin-amnesty-schweiz) gelesen werden. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 5. Mai 2023. Distribution: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: [redaktion@amnesty.ch](mailto:redaktion@amnesty.ch). **Auflage:** 76500 (dt.).

## EDITORIAL



Die negativen Schlagzeilen scheinen seit Beginn des Jahres nicht abzu-reissen. Der andauernde Krieg in der Ukraine, die Schreckensnachrichten aus Afghanistan und aus dem Iran – und dann geschieht auch noch das furchtbare Erdbeben in der Türkei und in Syrien. Wieder trifft es Menschen, die schon unter Konflikten, Unter-

drückung und Armut leiden. Manchmal möchte man gar keine Nachrichten mehr hören. Gerade während der Arbeit an einem Amnesty-Dossier wie dem vorliegenden zum Iran, stelle ich mir immer wieder die Frage: Wollen unsere Leser\*innen dies überhaupt lesen? Doch es ist wichtig, dass wir uns über Menschen-

rechtsverletzungen und Krisen informieren und dass wir auch darüber berichten. Nur so können wir aktiv werden. Denn was das vergangene Jahr auch gezeigt hat: Gerade in den schlimmen Situationen ist die menschliche Solidarität am grössten. Besonders zu spüren war das an den zahlreichen Kundgebungen, die ein Zeichen der Unterstützung für die Menschen in der Ukraine und für die Demonstrant\*innen im Iran setzten. Zutiefst beeindruckt hatte mich die Tapferkeit und der Zusammenhalt der Frauen und der jungen Menschen im Iran, die trotz aller Widrigkeiten gemeinsam weiter für eine bessere Zukunft kämpfen. Indem wir ihnen in diesem Magazin eine Stimme geben, zeigen auch wir unsere Solidarität mit den mutigen Menschen im Iran.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

### AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Klimawandel: Wir haben es in der Hand	

### DOSSIER

Iran – Aufstand der Mutigen	
<b>Hoffnung auf Freiheit</b>	10
<b>Eine einzigartige Solidarität</b>	12
Wie steht es um die Proteste im Iran?	
<b>Tradition des Widerstands</b>	14
Die Kurd*innen sind an der Spitze der Proteste.	
<b>Ein Zeichen gegen die Strafflosigkeit</b>	17
Die internationale Gemeinschaft fordert eine Untersuchung.	
<b>Frauen, Leben, Freiheit</b>	18
Die Frauen im Iran geben nicht klein bei.	
<b>Zusammenstehen – hier wie dort</b>	20
Ein Westschweizer Verein unterstützt den Kampf des iranischen Widerstands – trotz gewisser Risiken.	

### THEMA

Ghana	22
Ihr Kampf gegen die Kriminalisierung	
Kambodscha	26
Im Netz des Syndikats	
Ukraine	28
Im Zentrum des Krieges	
USA	30
«Wir haben als Land versagt»	

### KULTUR

Buch	32
Appell aus dem Gefängnis	
Film	33
Schwarze Stimmen	
Fotografie	34
Fotograf per Zufall	

### CARTE BLANCHE

Annika Biedermann	35
-------------------	----

### IN ACTION

Ukraine	37
Ein düsteres Jahr für die Menschenrechte	
Iran	39
Aktion am 8. März: «Frau, Leben, Freiheit!»	



## JOURNALIST FREIGELASSEN

Am 7. Dezember wurde in **Jemen** der Journalist Younis Abdelsalam von den De-facto-Behörden der Huthi aus der Haft entlassen. Er war seit dem 4. August 2021 ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Sanaa festgehalten worden, weil er in seiner Berichterstattung Kritik an den Behörden geübt hatte. Nach Angaben seines Bruders wurden dem Journalisten Kontakte zu ausländischen Organisationen vorgeworfen. Nach seiner Festnahme galt Younis Abdelsalam wochenlang als verschwunden. Drei Monate lang wurde er ohne Kontakt zur Aussenwelt in einer Zelle festgehalten, die meiste Zeit davon in Einzelhaft. Er hatte während seiner Inhaftierung keinen Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung, obwohl er an einer psychischen Erkrankung leidet.

## FREISPRUCH FÜR FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN MARIA RESSA

Auf den **Philippinen** ist Maria Ressa in einem Prozess wegen Steuerhinterziehung freigesprochen worden. Seit 2018 wird die Journalistin mit Verhaftungen, Strafverfahren und Ermittlungen schikaniert. So soll die Gründerin und Leiterin des Online-Newsportals «Rappler» nicht nur Steuern hinterzogen, sondern auch gegen das Verbot der ausländischen Kontrolle über Massenmedien verstossen haben. Maria Ressa und ihr Team hatten den ehemaligen philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte, dessen gewalttätigen Anti-Drogen-Krieg sowie die Korruption im Land immer wieder kritisiert. Vor eineinhalb Jahren erhielt Ressa den Friedensnobelpreis für ihren Kampf für Medienfreiheit und Demokratie (siehe dazu den Artikel im Amnesty-Magazin vom Dezember 2021). Weitere Verfahren sind allerdings noch offen.



## MUTIGE STRATEGIE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

Der neue Präsident **Kolumbiens**, Gustavo Petro, will mit einer ehrgeizigen Energiepolitik Pionierarbeit leisten und in der Klimagerechtigkeit eine Vorreiterrolle in Lateinamerika spielen. Schon im Wahlkampf hatte Gustavo Petro



die Rolle des globalen Nordens bei der Entwaldung und der Drogenbekämpfung auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten kritisiert. Kolumbien sei in eine verheerende Abhängigkeit von denen klimazerstörenden Rohstoffen Kohle und Öl geraten. Er wolle unter anderem die Nutzung sauberer Energien demokratisieren, führte der im vergangenen Juli gewählte Präsident in verschiedenen Reden aus. Die Bergbauministerin Irene Vélez hatte am Weltwirtschaftsforum in Davos für Aufsehen gesorgt, als sie erklärte, Kolumbien werde keine neuen Verträge zur Exploration von Öl und Gas, dem Hauptexportprodukt des Landes, mehr vergeben.



© IBC SOLAR

**Kolumbien soll nach dem Willen seines Präsidenten ein Vorreiter für erneuerbare Energie werden: Photovoltaik-Anlage in Bogotá.**

## ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE IN SAMBIA

**Sambias** Präsident Hakainde Hichilema hat Ende 2022 die Abschaffung der Todesstrafe verkündet. Ausserdem hat der Staatschef ein Gesetz aufgehoben, das harte Strafen für «Präsidentenbeleidigung» vorsah. Sambia ist der 112. Staat, der die Todesstrafe vollständig abgeschafft hat; in den letzten Jahren waren es insbesondere afrikanische Staaten südlich der Sahara, die diesen Schritt getan haben.



## MEHR SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG

In den **Vereinigten Staaten** hat das Ministerium für Heimatschutz (DHS) Anfang Januar eine wichtige Verbesserung für die Arbeitsrechte von Migrant\*innen und Papierlosen bekannt gegeben. Arbeitskräfte, deren Arbeitsrechte verletzt werden, können vorübergehend Schutz vor Abschiebung und Zugang zu einer Arbeitserlaubnis erhalten. Für diese Menschen war es bislang praktisch unmöglich, sich gegen Ausbeutung und Diskriminierung zu wehren, ohne den Verlust des Arbeitsplatzes zu riskieren. Das neue Verfahren soll Arbeitnehmer\*innen ohne Papiere und Personen mit befristeten Arbeitsvisa einen präventiven Schutz bieten. Nach den internationalen Menschenrechtsgesetzen gilt der Schutz am Arbeitsplatz für alle Arbeitnehmer\*innen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

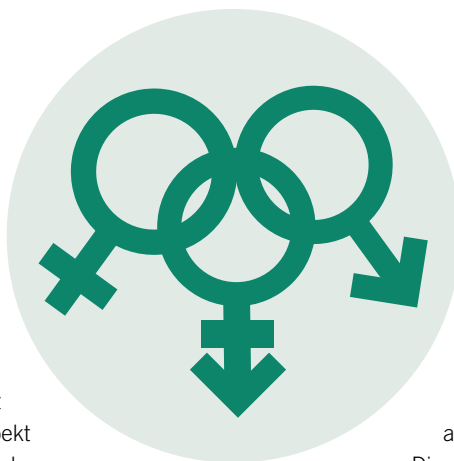
© Robert Gallagher/Cavan Images Photos



**Sollen mehr Schutz vor Ausbeutung erhalten: Migrant\*innen in den USA.**

## REFORM DES SEXUALSTRAFRECHTS

Jetzt fehlt nur noch die letzte Hürde: In der **Schweiz** hat sich der Nationalrat am 5. Dezember mit einer Mehrheit von links bis bürgerlich für die «Nur Ja heisst Ja»-Lösung beim Vergewaltigungstatbestand ausgesprochen. Er folgt damit einem zentralen Anliegen von Menschenrechtsaktivist\*innen und von sexualisierter Gewalt Betroffenen. Die Rechtskommission des Ständerats setzt zwar weiterhin auf die «Nein heisst Nein»-Lösung, hat diese aber um den Aspekt des «Freezing» erweitert: Strafbar macht sich, wer den Schockzustand eines Opfers ausnützt. Im März wird der Ständerat entscheiden. Die mehrjährige Kampagne für die Zustimmungslösung hat das Bewusstsein in der Bevölkerung und bei Parlamentarier\*innen positiv verändert, weshalb die Hoffnung für ein Ja des Ständerats zu «Nur Ja heisst Ja» erhalten bleibt.



## FINNLAND ERLAUBT SELBST-ERKLÄRUNG DES GESCHLECHTS

**Finnland** hat ein neues Gesetz verabschiedet, das das Recht auf eine legale Änderung des Geschlechtseintrags durch Selbstdeklaration einräumt, ohne dass zuvor ein Genehmigungsverfahren durchlaufen werden muss. Dazu gehörten bisher medizinische und psychiatrische Gutachten und der Nachweis der Unfruchtbarkeit. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung von trans Personen.



© REUTERS/Angela Ponce

**Brutales Vorgehen der Polizei in Peru gegen Demonstrant\*innen: Mindestens 60 Menschen wurden getötet.**

## UMWELTAKTIVISTEN GETÖTET

**HONDURAS** Die beiden Umweltaktivisten Aly Magdalena Domínguez Ramos und Jairo Bonilla Ayala wurden am 7. Januar 2023 in der Gemeinde Guapinol tot aufgefunden. Die beiden waren Mitglieder des Volkswiderstands von Guapinol im Norden von Honduras, der sich gegen verschiedene Bergbauprojekte einsetzt, die den Nationalpark Carlos Escaleras und den Fluss Guapinol bedrohen. Nach Angaben ihrer Angehörigen wurden die beiden von bewaffneten Angreifer\*innen abgefangen und auf der Stelle getötet. Der Protest der lokalen Bevölkerung und von Bauernverbänden wird vom Staat kriminalisiert. Die Polizei und das Militär gehen mit massiver Gewalt gegen die Demonstrierenden vor, einige Personen wurden strafrechtlich verfolgt.

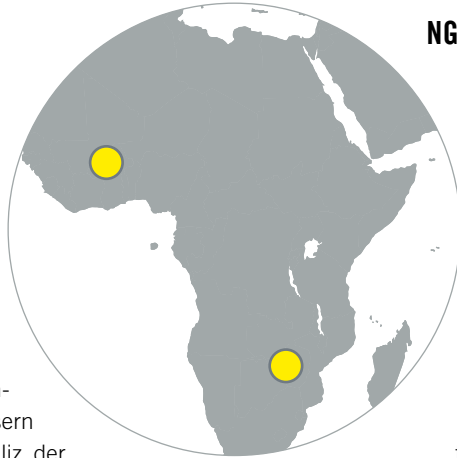


## UNTERSUCHUNG DER POLIZEIGEWALT

**PERU** Die peruanische Staatsanwaltschaft hat gegen die peruanische Präsidentin Dina Boluarte und mehrere hohe Staatsangestellte Ermittlungen eingeleitet: Untersucht werden sollen Verbrechen wie Völkermord, vorsätzliche Tötung und schwere Körperverletzung, die mutmasslich im Zusammenhang mit den jüngsten Unruhen begangen wurden. Die Proteste brachen aus, nachdem der ehemalige Präsident Pedro Castillo am 7. Dezember 2022 die Auflösung des Nationalkongresses angekündigt hatte und daraufhin abgesetzt und verhaftet worden war. Castillos Unterstützer\*innen fordern seither Boluartes Rücktritt und die Durchführung von vorgezogenen Wahlen. Die Regierung hat wegen der anhaltenden Proteste den Notstand in der Hauptstadt Lima und drei weiteren Regionen im Süden des Landes ausgerufen, auch wurden mehrere Grundrechte wie die Versammlungs- und Reisefreiheit eingeschränkt. Mindestens 60 Menschen wurden durch die brutale Reaktion der Polizei bisher getötet, mehr als 600 verletzt. Im Januar wurde eine Mission der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte nach Peru entsandt, um die exzessive Gewaltanwendung zu untersuchen.

## RACHEAKTE AN ZIVILIST\*INNEN

**BURKINA FASO** In der Stadt Nouna in Burkina Faso wurde am 30. Dezember ein brutales Massaker an Zivilist\*innen verübt. Mindestens 28 unbewaffnete Menschen wurden in ihren Häusern von Mitgliedern einer Hilfsmiliz der Regierung getötet. Die Opfer gehörten mehrheitlich zur ethnischen Gruppe der Fulbe, einer traditionell pastoralen muslimischen Bevölkerungsgruppe, die in ganz Westafrika verbreitet ist. Nach Angaben von Überlebenden ist die Zahl der Toten noch wesentlich höher, da mindestens 86 weitere Leichen gefunden worden seien. Die Angriffe gegen Zivilist\*innen sind Vergeltungsmassnahmen nach einem angeblichen Angriff islamistischer Kämpfer auf einen Militärstützpunkt. Die Fulbe werden beschuldigt, islamistische Gruppen zu unterstützen. Burkina Fasos Regierung befindet sich seit 2016 in einem Konflikt mit islamistischen Gruppen, in dessen Verlauf Tausende von Zivilist\*innen ums Leben kamen und fast 2 Millionen Burkinabè, etwa ein Zehntel der Bevölkerung, vertrieben wurden.



## NGOS UNTER DRUCK

**SIMBABWE** Am 1. Februar 2023 verabschiedete der Senat in Simbabwe trotz Bedenken aus der Öffentlichkeit ein Gesetz, das darauf abzielt, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unter die strikte Kontrolle der Regierung zu stellen. Es räumt der Regierung unter anderem die Möglichkeit ein, sich in die Führung und die Aktivitäten der Organisationen einzumischen. Menschenrechtsorganisationen sind in Simbabwe bereits seit längerem starken Repressionen ausgesetzt – so hat die Regierung bereits 291 NGOs die Akkreditierung entzogen. Der Gesetzesentwurf wurde erstmals am 5. Oktober 2021 von der Regierung vorgelegt, um «Terrorismus zu bekämpfen» und private Lobbyarbeit von NGOs zu verbieten.

## INITIATIVE FÜR MEHR SELBSTBESTIMMUNG

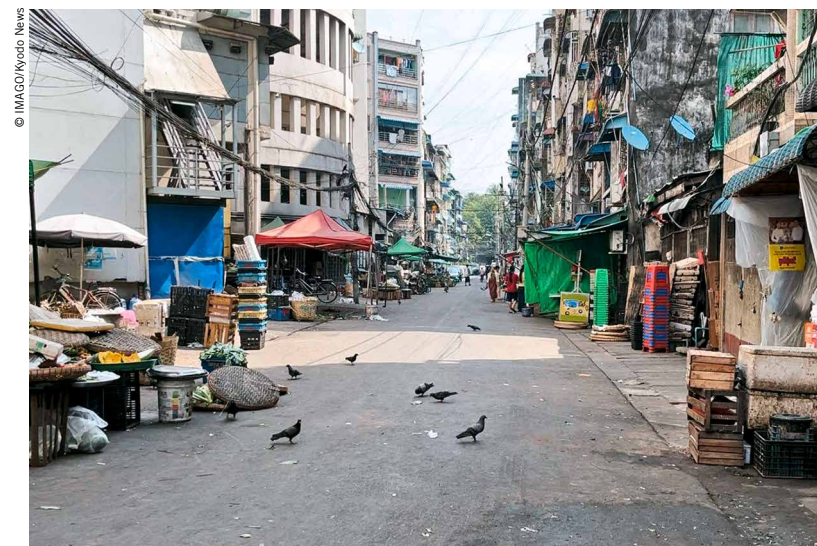
**SCHWEIZ** Die Inklusionsinitiative ist lanciert – mit Unterstützung von Amnesty International. In der Schweiz leben rund 1,8 Millionen Menschen mit Behinderungen. Die Initiative fordert für sie mehr Selbstbestimmung, denn noch immer stossen sie auf vielfältige Hindernisse und Diskriminierung. Nötig ist insbesondere ein besserer Zugang zu vollumfänglicher Assistenz. Trotz Uno-Konvention und Bundesgesetz sind die Grundrechte von Menschen mit

Behinderungen in der Schweiz noch keineswegs umgesetzt. Die Unterschriftensammlung beginnt im April.  
*Mehr dazu auf [amnesty.ch/inklusion](https://www.amnesty.ch/inklusion)*



## ZWEI JAHRE MASSIVE GEWALT

**MYANMAR** Am 1. Februar waren die normalerweise überfüllten Strassen von Rangun, der grössten Stadt Myanmars, wie leergefegt – eine stille Demonstration der Bevölkerung, um den Militärputsch anzuprangern, der vor knapp zwei Jahren stattgefunden hat. Parallel dazu fanden in Seoul und Bangkok Demonstrationen statt, um die Menschen in Myanmar zu unterstützen. Seit dem Putsch gab es nach Schätzungen von Amnesty International 3000 Tote. Mehr als 13000 Personen sind derzeit unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, und mindestens 100 warten im Todestrakt auf ihre Hinrichtung. Vier Hinrichtungen wurden bereits vollzogen. 1,5 Millionen Menschen wurden in der Folge des Umsturzes von 2021 vertrieben. Seit ihrer Machtübernahme unterdrückt die Militärjunta jegliche Opposition. Amnesty International hat eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und fordert, dass der Internationale Strafgerichtshof eine Untersuchung einleitet.



**Stiller Protest:** Leerer Markt in Rangun am 1. Februar.



**AKTUELL \_ IM BILD**

Als hätte die syrische Stadt Aleppo nicht schon genug durchgemacht: Nach dem massiven Erdbeben vom 6. Februar liegen in der kriegsgebeutelten Stadt erneut ganze Viertel in Schutt und Staub. Die Katastrophe trifft ohnehin stark geschwächte Regionen Syriens: In der von der Regierung kontrollierten Region von Aleppo herrschten schon vor dem Beben Hunger und Mangel an vielem. So auch in den ebenfalls stark betroffenen Teilen Nordsyriens, die in der Hand von Aufständischen sind oder von Kurd\*innen kontrolliert werden. Es wird befürchtet, dass die Hilfe der syrischen (und auch der türkischen) Regierung sehr selektiv ausfallen wird.



# KLIMAWANDEL: WIR HABEN ES IN DER HAND



© André Gottschalk

**Beat Gerber** ist Mediensprecher und Co-Leiter Kommunikation der Schweizer Sektion von Amnesty International.

Ich bin als Kind in einem Dorf im Schweizer Mittelland aufgewachsen, in dem im Winter während Tagen die Strasse den Hügel hoch zu unserem Weiler für den Verkehr gesperrt war – wegen des vielen Schnees gab es schlicht kein Durchkommen. Dann fuhren wir mit dem Schlitten runter zur Schule und spielten nachmittags Eishockey auf einem gefrorenen Weiher am Waldrand. Wenn ich meinen Kindern davon erzähle, klingt das wie eine sentimentale Erzählung aus einer verlorenen Zeit. Im Hitzesommer des vergangenen Jahres sahen wir mit eigenen Augen, wie in den Alpen Eisfelder und Gletscher dahinschmolzen und einstmals stolze Bäche zu traurigen Rinnsalen verkamen. Die globale Erwärmung ist heute sichtbar, und sie hat massive Folgen für Natur und Mensch, auch in der Schweiz.

Die Angst um die Zukunft unseres Planeten treibt viele junge Menschen zu Protesten auf die Strasse. Andere verdrängen das Problem weiterhin oder weisen jegliche Verantwortung von sich. En vogue ist es in gewissen politischen Kreisen, die Klimaaktivist\*innen selbst zu attackieren und ihre Glaubwürdigkeit infrage zu stellen. Sich ums Klima Sorgen zu machen, sei ein Luxus, den sich nur «Wohlstandsverwöhnte» leisten könnten, der Rest der Welt müsse sich darum kümmern, genügend Essen auf den Teller zu kriegen. Es mache ja doch keinen Unterschied, wie viel CO<sub>2</sub> wir hier in die Luft setzten – entschieden werde das Schicksal des Klimas in China oder Brasilien, so die Argumentation derer, die trotz Untergangsszenarien keinen Handlungsbedarf sehen. Diese Haltung verkennt, dass der reiche Norden den Grossteil des Problems selbst verursacht hat.

Die Politik hat es in der Hand, die globale Katastrophe abzuwenden. In der Schweiz können Stimmbürger\*innen mit den Mitteln der direkten Demokratie eingreifen: etwa mit einem Ja an der Urne zum neuen Klimazielgesetz, das die Treibhausgas-Emissionen in der Schweiz bis 2050 auf netto null senken will. Oder indem wir von den

Kandidat\*innen für das eidgenössische Parlament in diesem Wahljahr ein Bekenntnis zum Schutz unserer Lebensgrundlagen fordern.

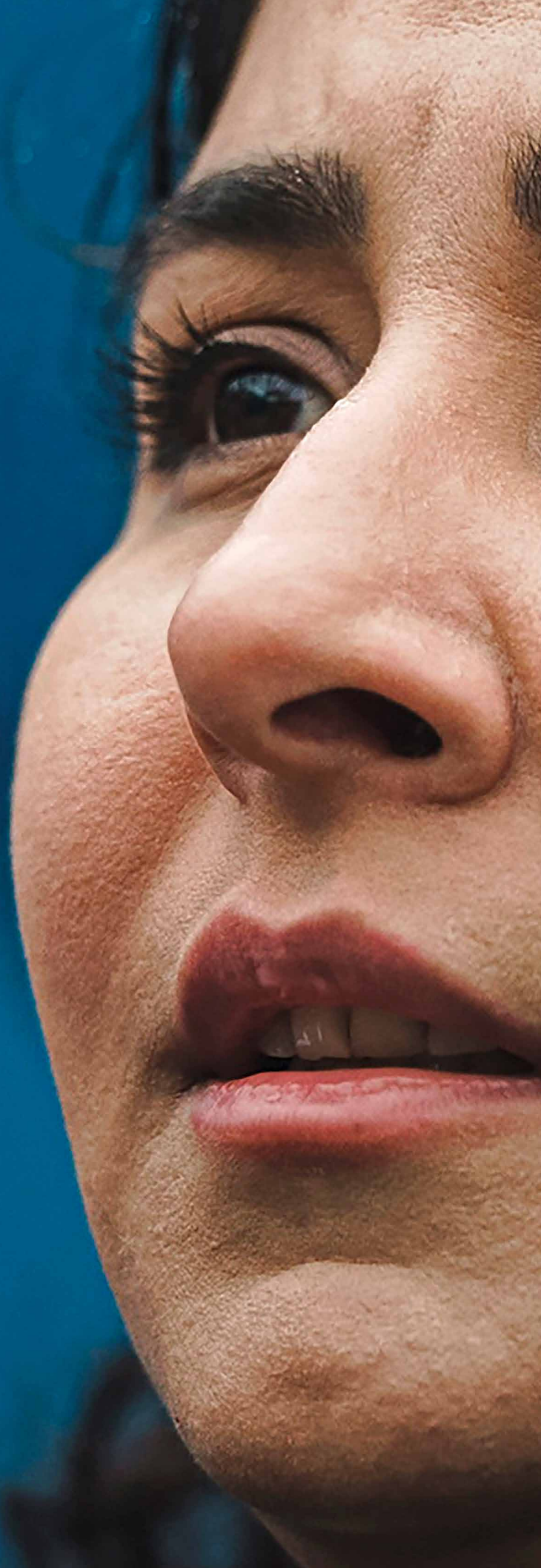
Der Klimawandel ist eines der drängendsten Menschenrechtsthemen unserer Zeit. Millionen von Menschen leiden bereits jetzt unter den Folgen von Katastrophen, die durch den Klimawandel verschärft werden: von anhaltender Dürre in Subsahara-Afrika über tropische Stürme in Südostasien, der Karibik und dem Pazifik bis hin zu verheerenden Überschwemmungen wie zuletzt in Pakistan.

Der Klimawandel wird die bestehenden Ungleichheiten auf der Welt vergrössern und verschärfen. Die globale Erwärmung bedroht das Recht auf Leben, Wasser oder Nahrung. Deshalb setzt sich Amnesty International als Menschenrechtsorganisation für Klimagerechtigkeit ein.

Die Situation ist alarmierend, die verfügbare Zeit knapp. Es braucht einen nationalen und internationalen Kraftakt zum radikalen Ausstieg aus den fossilen Energien und ein sofortiges Ende des «Courant normal». Zu viel Zeit wurde verplempert mit immer neuen Ausflüchten, warum jetzt noch nicht der Zeitpunkt zum Handeln sei oder erst jemand anderes in der Pflicht stehe. Beginnen wir also vor unserer Haustür und fordern den politischen Wandel ein!

# Hoffnung auf Freiheit

«Jin Jiyan Azadi»: Der Slogan «Frau, Leben, Freiheit» auf dem Gesicht dieser Demonstrantin wurde zur Parole der Menschen, die seit letztem Herbst im Iran alles riskieren für mehr Gerechtigkeit und Demokratie. Mit dem Tod einer jungen Kurdin, Jina Mahsa Amini, hat es begonnen, seither wurden viele getötet, verhaftet, gefoltert – einige sogar hingerichtet. Doch die Demonstrant\*innen geben nicht auf. Hinter ihnen stehen die Diaspora, ethnische Minderheiten und ein beträchtlicher Teil der iranischen Bevölkerung, die von Freiheit zu träumen beginnen.







© Contributor/Getty Images

**Mutige Form des Widerstands:** Eine Frau geht mit unbedeckten Haaren durch Teheran, 1. November 2022.

# Eine einzigartige Solidarität

**Die Bilder der Proteste im Iran gingen um die Welt. Was steckt hinter dem Mut der Demonstrant\*innen, trotz heftiger Repressionen weiterzukämpfen?**

Interview mit Solmaz Khorsand  
von Manuela Reimann Graf.

**AMNESTY:** Wir erhalten im Moment nur sehr wenige Informationen und Bilder aus dem Iran. Wie steht es um den Protest?

**Solmaz Khorsand:** Bis Ende Jahr waren die Menschen sehr aktiv, seither ist es ruhiger. Im Westen haben wir die Erwartung, dass Proteste hauptsächlich auf den Strassen stattfinden, mit Menschenmassen und brennenden Mülltonnen. Tatsächlich findet der Protest im Iran auf vielen Ebenen statt. So werden noch immer Parolen des Widerstands in die Nacht geschrien oder an Wände gesprüht.

**Woher nehmen die Menschen den Mut, nach den Verhaftungen und Hinrichtungen weiter Widerstand zu leisten?**

Die Menschen im Iran leben seit 44 Jahren in diesem repressiven System. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand, haben nichts mehr zu verlieren. Offenbar gewinnt man dadurch diesen Mut, den ich unglaublich bewundere.

Ich finde es falsch, wenn Leute im Westen sagen, «das könnten wir sein». Uns fehlt die Erfahrung, in einem so totalitären System zu leben. Wir sind viel zu satt, was unsere demokratischen Errungenschaften und unsere Freiheit betrifft; wir kennen die Kostbarkeit der Werte nicht mehr, für die die Leute im Iran auf die Strasse gehen.

So waren die afghanischen Frauen nicht von ungefähr die Ersten, die ihre Solidarität mit den Iraner\*innen ausgedrückt haben. Sie verstanden sofort, um was es im Iran geht – sie, die selber unfrei sind, nicht mehr in die Schulen und an die Universitäten gehen können. Das ist eine andere Form von Solidarität als die im Westen.

**Was ist diesmal anders als bei früheren Protesten, die brutal niedergeschlagen wurden?**

Diesmal war der Auslöser der Tod von Jina Mahsa Amini, die von der «Sittenpolizei» festgenommen wurde, weil sie angeblich ihr Haar nicht richtig bedeckt hatte. Mit dieser Erfahrung können sich viele Iraner\*innen identifizieren – Frauen wie Männer. Die Männer kriegen es ja mit, wenn ihre Schwestern, Frauen und Freundinnen abgeführt werden und traumatisiert zurückkehren. Was mit Jina Mahsa Amini passiert ist, ist im Iran eigentlich «nichts Besonderes» – nur starb diesmal die Frau durch die Polizeigewalt, und alle bekamen es mit. Jina Mahsa Amini war ausserdem Angehörige der kurdischen Volksgruppe. Die Kurd\*innen haben seit der Einrichtung der Islamischen Republik viele Erfahrungen mit Gewalt, aber auch mit Selbstorganisation gemacht. Daher sind sie auch organisierter und disziplinierter in ihrem Widerstand als andere Gruppen. Wenn kurdische Städte nun wieder angegriffen werden wie nach der Revolution 1979 oder dann erneut im

Iran-Irak-Krieg, verursacht dies bei ihnen ein grosses Déjà-vu. Neben den Kurd\*innen kämpfen auch andere marginalisierte Ethnien wie die Menschen in Belutschistan, der ärmsten Region des Landes. Da gehen die Sicherheitskräfte besonders hart vor, sie beginnen sofort zu schießen – etwas, das sie sich in Teheran nicht so leicht erlauben können.

Bei diesen Protesten ist also besonders, dass Männer und Frauen, aber auch verschiedene Ethnien Seite an Seite auf die Strasse gehen. Die grosse Solidarität mit den Menschen aus Kurdistan und Sistan-Belutschistan ist einzigartig.

**Was ist das vereinende Ziel der Menschen, die auf die Strasse gehen? Es geht ja längst nicht mehr nur um Frauenrechte.**

Das ultimative Ziel ist der Regimesturz. Es gibt natürlich auch Partikularforderungen, so zum Beispiel wegen ausbleibender Gehälter oder Renten. Es gibt eine riesengrosse Miswirtschaft, es mangelt an so vielem. Die Islamische Republik funktioniert auf so vielen Ebenen nicht, es sind nicht nur die fehlenden Freiheiten und Rechte. Sie versagt an jeder Front, nur den Gewaltexzess kriegt sie problemlos hin. Und das wissen die Iraner\*innen auch. Das Regime verliert seit Jahren an Legitimität, und mit jeder Protestwelle fallen auch Sympathisant\*innen weg.

Natürlich darf man nicht erwarten, dass der harte Kern der Unterstützer\*innen sich den Protestierenden bald anschliesst, aber dass das einmal passiert, ist nicht ausgeschlossen. Vor allem, wenn auch die Kinder der Machtelite an den Unruhen teilnehmen, inhaftiert oder sogar getötet werden, wie es bei der grünen Bewegung 2009 der Fall war. Das bringt auch Regimeanhänger\*innen zum Umdenken. Aber das geht nicht von heute auf morgen.

**Welche Kreise in der Gesellschaft unterstützen die Regierung momentan noch?**

Die Gründungsväter der Islamischen Republik haben die Revolution als ein Projekt für die Armen begriffen und für die Unterschicht auch viel gemacht, so gab es etwa eine Bildungsoffensive. Diese Unterschichten sind spätestens ab 2017 zum Teil weggebrochen, weil sie mit den hohen Lebensmittelpreisen und später mit den Benzinpreisen nicht mehr mithalten konnten. Diese Menschen wissen: Wenn ich nicht an der Brust der Islamischen Republik hänge, dann habe ich nichts von diesem Regime.

Was die Wirtschaft betrifft, so ist diese sehr eng mit dem Regime verflochten; die Revolutionsgarden sind nicht nur Teil des Repressions- und Machtapparats, sondern sie kontrollieren defacto die Wirtschaft. Sie wissen, dass ihr Fortbestehen an die Existenz der Islamischen Republik gekoppelt ist. Des-

**Solmaz Khorsand** ist Journalistin und Autorin und berichtet seit 18 Jahren über und aus dem Iran. Ihr Essay «Die iranische Verwandlung» wurde 2017 ausgezeichnet.



© Luriza Puiu

halb krallen sie sich mit allen Mitteln ans System. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig. Wo sollten sie denn hin angesichts der internationalen Sanktionen?

Und natürlich haben sie auch Angst. Sie erinnern sich daran, was bei der Revolution 1979 geschah: Die damalige Führung wurde ausgelöscht. Darum will die Elite einen Regierungsturz mit allen Mitteln vermeiden.

In oppositionellen Kreisen ist man sich dessen bewusst. Daher plädiert man dafür, dass man Regimeanhänger\*innen auch einen «Exit» bieten muss, um sie zu motivieren, mit der Islamischen Republik zu brechen. Um eine Transformation zu erlangen, muss man – auch wenn es unbeliebt ist – irgendwann auch mit jenen zusammenarbeiten, gegen die man gekämpft hat. Dass jetzt nicht die grössten Verbrecher mitverhandeln sollen, ist aber auch klar.

**Was können wir tun, um den Menschen im Iran zu helfen?**

Viele sind enttäuscht darüber, dass es nicht mehr Sanktionen gegen die Vertreter\*innen der iranischen Regierung im Ausland gibt. Sie leben auf Kosten des iranischen Volkes in Freiheit und Luxus, während im Iran Menschen auf der Strasse sterben. Als Medienschaffende wünsche ich mir, dass weiter differenziert berichtet wird und es nicht Hinrichtungen und Blutvergiessen braucht, damit die Aufmerksamkeit hoch bleibt.

Wenn es Politiker\*innen im Westen wichtig ist, sich solidarisch mit den Protestierenden zu zeigen, dann hört man von Aktivist\*innen einige Vorschläge: So ist es für Iraner\*innen schwierig, Visa zu bekommen, um Familienangehörige zu sich holen zu können. Ein Vorschlag ist auch, mit Universitäten zu kooperieren und Studierende einzuladen – wie man es mit Universitäten in der Ukraine gemacht hat. Ebenso wird ein Abschiebestopp diskutiert, denn eine Ausschaffung von iranischen Asylsuchenden ist definitiv kein Zeichen der Solidarität.



# Tradition des Widerstands

**Die Diskriminierung von Kurd\*innen reicht im Iran sehr weit. Wenig überraschend protestieren Kurd\*innen an vorderster Front gegen die iranische Führung.** Von Hêlîn Dirik

**F**rau, Leben, Freiheit – dieser Slogan prägt die Proteste im Iran, wurde zur Hymne für eine Frauenrevolution. Seinen Ursprung hat der Ruf nach Gerechtigkeit in Kurdistan, dem Geburtsort und Motor der derzeitigen Revolution im Iran. Ausgelöst wurden die Proteste – aus denen ein landesweiter Aufstand wurde – durch den Tod einer jungen Kurdin: Jina Mahsa Amini. Die 22-Jährige starb am 16. September in Polizeigewahrsam, nachdem sie von der iranischen «Sittenpolizei» schwer misshandelt worden war. Bei ihrer Beisetzung in ihrer kurdischen Heimatstadt Seqiz versammelten sich Tausende Menschen, um gegen die iranische Führung zu protestieren. Sie alle skandierten: «Jin Jiyar Azadi» (auf deutsch: Frau, Leben, Freiheit), einen Slogan, der danach um die Welt ging.

Mehrheitlich junge Menschen gingen nach dem Tod von Jina Mahsa Amini in über achtzig Städten des Iran auf die Strassen, in allen 31 Provinzen des Landes wurde zum Sturz der Regierung in Teheran aufgerufen. Frauen wehrten sich überall gegen die Zwangsverschleierung und die repressive Politik, verbrannten

Kopftücher, schnitten sich die Haare ab. Eine solche Protestaktion gegen die Unterdrückung der Frauen im islamischen Gottesstaat hatte es noch nie gegeben.

**Zentrum der Revolution** | Der Slogan «Jin Jiyar Azadi» geht auf die kurdische Befreiungsbewegung zurück, die seit über 40 Jahren gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Kurd\*innen durch Syrien, den Irak, die Türkei und den Iran sowie für die Befreiung der Frauen kämpft. Bekanntheit erlangte die Parole auch durch die Frauenrevolution in Rojava in Nordsyrien, wo die Frauenverteidigungseinheiten YPJ gegen den Islamischen Staat (IS) kämpften. In den letzten zehn Jahren arbeiteten viele Menschen hier an gesellschaftlichen Projekten, die auf den Prinzipien Ökologie, Feminismus und Basisdemokratie basieren. Die aus dem kurdischen Kirmaşan stammende Aktivistin Sana zeigt sich erstaunt über die rasche Verbreitung des Slogans in den jüngsten Protesten. «Ich hätte nie geglaubt, dass «Jin Jiyar Azadi» ein zentraler revolutionärer Slogan im Iran werden würde. Im Iran haben Frauen keine Rechte und keine Stimme. Es ist erstaunlich, zu beobachten, dass Teile der iranischen Gesellschaft, die bisher immer gegen uns waren, nun auch diese Parole rufen», sagt sie. Sie

Hêlîn Dirik ist eine kurdisch-alevitisches Journalistin, die in Deutschland und Italien lebt und schreibt.

**Das Bild ging um die Welt:** Es symbolisiert den aktuellen kurdischen Widerstand gegen die Regierung in Teheran.

sieht in den Aufständen in Kurdistan das Potenzial, die Zukunft des Iran massgeblich zu beeinflussen.

Für Sanaz, eine 30-jährige kurdische Aktivistin aus der kurdischen Stadt Seqiz, stehen die drei Worte dieses Slogans – Frau, Leben und Freiheit – im radikalen Gegensatz zur kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung, die vom Staat ausgeht. Kurd\*innen werden im Iran besonders stark diskriminiert – die kurdische Sprache ist de facto verboten, staatliche Ausgaben sind in kurdischen Gebieten deutlich tiefer als in den übrigen Provinzen. Selbst kurdische Namen sind verpönt. So durfte auch Jina Mahsa Amini ihren kurdischen Namen Jina nicht benutzen.

Widerstand gegen diese Diskriminierung hat in Kurdistan eine lange Tradition. Kurd\*innen sind im Iran schon seit Jahrzehnten politisch organisiert. Bereits während der Herrschaft der Schahdynastie der Pahlavis wurden Kurd\*innen unterdrückt und leisteten bewaffneten Widerstand dagegen.

Die Führung in Teheran greift gerne zum Vorwurf des Separatismus, wenn Kurd\*innen, die rund 10 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, zu protestieren beginnen. Dieser Vorwurf und die Brutalität, mit der die iranischen Regierungen in der Vergangenheit gegen Kritiker\*innen vorgehen, etwa nach der Islamischen Revolution von 1979, als zahlreiche Kurd\*innen aussergerichtlich hingerichtet wurden, reichten nicht, um die Solidarität mit den Protesten nach Jina Mahsa Aminis Tod im Keim zu ersticken. Das Potenzial dieser Widerstandstradition der kurdischen Bevölkerung war den iranischen Autoritäten wohl bewusst, als sie im Vorfeld der Beisetzung Jina Mahsa Aminis versuchten, eine öffentliche Zeremonie und damit auch Massenproteste zu verhindern, und ihren Angehörigen mit Repressionen drohten. Doch den landesweiten Aufstand, der durch den Tod einer jungen Frau ausgelöst wurde – noch dazu einer Angehörigen einer ethnischen Minderheit –, konnten sie nicht mehr aufhalten.

Die kurdischen Gebiete und die Provinz Sistan-Belutschistan im Südosten des Landes, wo viel Armut herrscht und die Mehrheit der Bevölkerung der sunnitischen Minderheit angehört, sind nun Zentren der Revolution. Auf den Strassen kurdischer Städte wie Mehabad, Sine oder Bokan wehren sich Menschen seit Monaten entschlossen gegen die Sicherheitskräfte. Es wird wöchentlich gestreikt, und in vielen Vierteln bilden sich revolutionäre Jugendgruppen. Parolen wie «Kurdistan wird das Grab der Faschisten sein» sind in zahlreichen auf Twitter geteilten Videos von den Protesten zu lesen.

**Repression über die Grenzen hinweg** | Gegen all jene, die diese Revolution anführen, geht die Regierung mit heftiger Gewalt vor. Laut Angaben des Kurdistan Human Rights Network wurden seit Beginn der Proteste über 120 kurdische Demonstrant\*innen von iranischen Sicherheitskräften getötet. Einer der vier Menschen, die im Zusammenhang mit den Protesten nach einem Todesurteil hingerichtet wurden (bis Redaktionsschluss), war der 22-jährige Kurde Mehdi Karami. Unter den über 100 Protestierenden, denen die Hinrichtung droht, sind insbesondere Kurd\*innen und

## Iran – ein Land in Unruhe

Ein kurzer historischer Überblick über den Widerstand gegen die Regierung.

**1953 Staatsstreich mit Unterstützung der USA**  
Mohammed Reza Pahlavi wird neuer Schah.

**1979 Islamische Revolution**  
Nach breiten Protesten muss der Schah das Land verlassen, unter der Führung von Ayatollah Ruholla Chomeini wird der Iran zur Islamischen Republik.

**1980 Erster Golfkrieg Irak-Iran**  
Saddam Hussein beginnt den ersten Golfkrieg gegen den Iran. Der Krieg dauert acht Jahre.

**1988 Massaker an iranischen politischen Gefangenen**  
Während Monaten wurden mehrere Tausend Menschen ohne Urteil hingerichtet, ausserdem kam es zu Fällen von Verschwindenlassen, Misshandlungen und Folter.

**1999 Proteste prodemokratischer Student\*innen**  
Brutale Niederschlagung durch die Sicherheitskräfte; mehr als 1000 Studierende wurden verhaftet, viele wurden Opfer des Verschwindenlassens; mehrere Todesopfer, davon eines staatlich anerkannt.

**2003 Erneute Student\*innen-Proteste**  
Tausende nehmen an von Student\*innen organisierten Protesten gegen das klerikale Establishment teil, Forderung nach demokratischen Reformen und Aufklärung der Ereignisse von 1999.

**2009 Demonstrationen gegen die Wiederwahl Ahmadinejad**  
Das Wahlergebnis des konservativen Präsidenten Ahmadinejad wird von der Opposition als manipuliert bezeichnet. In der Protestwelle werden mindestens 30 Menschen getötet, Tausende verhaftet.

**2013 Juni Wahl von Hassan Rohani**  
Hassan Rohani wird Präsident und verspricht Reformen, hält aber wenig davon ein. Gleichzeitig steigt die Zahl der Hinrichtungen. Es kommt zu Protesten gegen die schlechte ökonomische Lage.

**2017–19 Iranische Frauen protestieren gegen diskriminierende Kleidervorschriften**  
Viele Frauen werden verhaftet und gefoltert.

**2019/20 Proteste nach Benzinpreiserhöhungen werden niedergeschlagen**  
Rund 1500 Menschen werden getötet. Weitere Proteste folgen im Juli/August 2021, im November 2021 und im Mai 2022. Die Regierung reagiert mit tödlicher Gewalt.

**16. September 2022 Tod Jina Mahsa Aminis**  
Der Tod der jungen Kurdin in Gewahrsam der «Sittenpolizei» löst eine über Monate andauernde Protestwelle aus.



Belutsch\*innen. Es gibt zudem täglich Meldungen über Verhaftungen und Entführungen kurdischer Demonstrant\*innen, über deren Verbleib es keine Informationen gibt.

Die Gewalt des Systems eskaliert besonders da, wo die Bevölkerung in Massen auf die Strassen geht. Im kurdischen Bikan besetzten Protestierende im November das Rathaus und mehrere Regierungsgebäude. Die Sicherheitskräfte reagierten darauf mit tödlichen Schüssen auf Demonstrant\*innen und der vermehrten Entsendung von Truppen in kurdische Städte. Auch nach Gedenkprotesten für ermordete Demonstrant\*innen am 31. Dezember in der Stadt Jawanrud wurden die Repressionen intensiviert: In den zwei darauffolgenden Wochen wurden laut der Menschenrechtsorganisation Hengaw mindestens 40 Kurd\*innen aus Jawanrud verschleppt.

Die Gewalt der iranischen Regierung gegen Kurd\*innen beschränkt sich jedoch nicht auf das Inland. Am 24. September, als es der Bevölkerung in der kurdischen Grenzstadt Şino (Oshnavieh) gelungen war, die Sicherheitskräfte der Regierung vorübergehend zu vertreiben, begann die iranische Revolutionsgarde (IRGC) in Südkurdistan (Nordirak) Stützpunkte kurdisch-iranischer Exilparteien zu bombardieren. Dabei wurde auch eine Siedlung von Geflüchteten aus dem Iran in der kurdisch-irakischen Stadt Koya getroffen. Bei den wiederholten Angriffen wurden Parteimitglieder, ihre Angehörigen, Zivilist\*innen sowie Journalist\*innen getötet.

Die Behörden in Teheran warfen den kurdischen Parteien vor, für die Unruhen im Iran verantwortlich zu sein und die Aufstände zu organisieren. Schon seit Jahrzehnten stellen sie jegliche kurdische Bewegung als terroristische, separatistische Verschwörung dar und dämonisieren sie damit. Kurd\*innen werden im Iran immer wieder unter diesen Anschuldigungen verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die jüngste Behauptung des hochrangigen iranischen

Klerikers Ahmad Khatami, dass Kurdisch «die offizielle Sprache der Hölle» sei, unterstreicht die antikurdische Haltung der Mullahs in Teheran.

Kurdische Parteien werteten die Angriffe in Südkurdistan als Manöver, um zu verhindern, dass der Aufstand in den kurdischen Gebieten grössere Ausmasse annimmt. Zudem wolle Teheran damit von der Tatsache ablenken, dass die Bereitschaft, gegen die islamische Regierung aufzubegehren, nicht auf die kurdischen Gebiete beschränkt ist. Auch die Aktivistin Sanaz sagt: «Das Regime hat Angst davor, dass sich Menschen in anderen Teilen des Landes ein Beispiel an Kurdistan nehmen. Weder dieses Regime noch vorherige wollten dies zulassen. Denn Kurdistan war schon immer eine Quelle fortschrittlicher und revolutionärer Ideen.»

Das harte Vorgehen der Regierung gegen die Demonstrant\*innen konnte dennoch nicht verhindern, dass der Tod von Jina Mahsa Amini eine landesweite multiethnische Solidarität hervorgebracht hat, und ein kurdischer Slogan zum Motto einer neuen Generation im Iran wurde, die vehement einen politischen Wandel fordert.

Auf die Frage nach Perspektiven für die Zukunft des Iran antwortet Sanaz kurz und klar: «Direkte Demokratie durch ein Rätssystem ist der einzig sichtbare Ausblick für mich.» Sana dagegen betont auch die Notwendigkeit einer grundlegenden Transformation der Gesellschaft: «Die Grausamkeit geht nicht nur vom Regime aus. Die Gesellschaft als Ganzes muss sich ändern. Frauen müssen sich auch gegen ihre Ehemänner, Partner, Väter und Familienmitglieder wehren. Dazu braucht es viel Zeit, Geduld und Arbeit. Es wird noch ein langer Kampf – und wir alle müssen zu Freiheitskämpfer\*innen werden.»

In diesem Text haben wir die kurdische Schreibweise für Ortschaften in der Provinz Kurdistan im Iran verwendet.



# Ein Zeichen gegen die Straflosigkeit

**Menschenrechtsverletzungen werden im Iran nur selten geahndet. Manche Täter\*innen haben sogar wichtige Machtpositionen inne. Eine Untersuchungskommission der Uno weckt Hoffnung.** Von Natalie Wenger

Das Bild der in Polizeigewahrsam zu Tode gekommenen Jina Mahsa Amini ging um die Welt. Die mutmasslich für ihren Tod Verantwortlichen – Mitglieder der iranischen «Sittenpolizei» – sind noch auf freiem Fuss. Eine Untersuchung der Todesumstände und der Verletzungen gab es nicht.

Die Straflosigkeit ist im Iran weit verbreitet und nichts Neues. «Oftmals sind hohe staatliche Akteure an den Menschenrechtsverletzungen beteiligt», sagt Nassim Papayianni, leitende Campaignerin im Iran-Team von Amnesty International. So arbeiteten Strafvollzugsbeamte im Jahr 1988 mit sogenannten «Todeskommissionen» zusammen. Diese liessen Tausende Dissident\*innen verschwinden oder richteten sie aussergerichtlich hin. Mehr als 30 Jahre später warten die Hinterbliebenen noch immer auf Gerechtigkeit. Die iranischen Behörden haben wiederholt Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach strafrechtlichen Ermittlungen ignoriert und versucht, Beweise für ihre Verbrechen zu vernichten.

Viele der damals Verantwortlichen haben weiterhin Machtpositionen inne. «Dies erleichtert die Wiederholung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit», sagt Nassim Papayianni. 2021 etwa wurde Ebrahim Raisi zum Präsidenten des Landes ernannt, statt dass gegen ihn im Zusammenhang mit den Massenhinrichtungen von 1988 ermittelt worden wäre.

**Keine unabhängige Justiz** | Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung werden systematisch missachtet, was eine Rechenschaftspflicht verunmöglicht. «Der Justiz mangelt es an Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit von Anwält\*innen wird untergraben, und den Gefangenen wird der Zugang zu einem Rechtsbeistand verweigert, bis ein Urteil gefällt wurde», sagt Nassim Papayianni. «Gerichte lassen routinemässig Geständnisse, die durch Folter erzwungen wurden, als Beweismittel zu.»

Die iranischen Behörden gehen oft gewaltsam gegen Menschen vor, die gegen Missstände protestieren. Ende September 2022 wurde ein Dokument geleakt, aus dem hervor-

geht, dass die Streitkräfte von hochrangigen Staatsbeamten angewiesen worden waren, ohne Nachsicht gegen Demonstrant\*innen vorzugehen, auch wenn dies Menschenleben kostete. Zwischen September 2022 und Februar 2023 wurden laut Menschenrechtsorganisationen 527 Demonstrant\*innen getötet und mehr als 19 600 verhaftet.

Die Verantwortlichen wurden bisher nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Regierung weist die Erkenntnisse von Uno-Expert\*innen und Menschenrechtsorganisationen vehement zurück. Doch die internationale Gemeinschaft konnte nicht länger zusehen. Am 24. November hat der Uno-Menschenrechtsrat eine Resolution zur Einrichtung einer Untersuchungskommission verabschiedet – ein historischer Beschluss, der auch auf Druck von Amnesty zustande kam. Diese Kommission hat den Auftrag, die Menschenrechtsverletzungen im Iran im Zusammenhang mit den im September 2022 ausgebrochenen Protesten zu dokumentieren und Beweise für künftige Gerichtsverfahren zu sammeln und zu sichern.

Amnesty International forderte bereits 2018 einen unabhängigen, unparteiischen und effektiven internationalen Mechanismus, um gegen die Straflosigkeit vorzugehen. «Wir hoffen, dass die Einrichtung der Untersuchungskommission einen grundlegenden Wandel in der Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft darstellt, um die Krise der systematischen Straflosigkeit im Iran zu bekämpfen», sagt Nassim Papyianni. Sie hofft, dass die Untersuchungskommission unverzüglich eingesetzt wird. «Wir dürfen die iranische Bevölkerung nicht länger allein lassen. Die Straflosigkeit muss jetzt ein Ende haben.» |

**Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung werden systematisch missachtet, was eine Rechenschaftspflicht verunmöglicht.**

# Frauen, Leben, Freiheit

**Viele Menschen protestierten in den vergangenen Wochen im Iran gegen Repression und für Freiheit. Vorneweg gehen dabei die Frauen.** Ein Essay von Gilda Sahebi.

Sie spielen im Basketball-Nationalteam. Sie sind Schauspielerinnen. Sie sind trans Frauen. Sie sind Mütter. Sie sind Bogenschützinnen. Sie sind Kletterinnen. Sie sind Sängerinnen. Sie sind Ärztinnen. Sie sind Studentinnen. Sie sind überall in der iranischen Gesellschaft: Frauen, die ihr Kopftuch öffentlich ablegen, um für ihre Freiheit und für die Freiheit aller im Iran zu demonstrieren. Sie tun dies im Wissen, dass sie dafür inhaftiert, vergewaltigt, misshandelt und getötet werden können.

Das Regime tut alles dafür, diesen zivilen Ungehorsam zu brechen. Taxifahrer, die Frauen in ihren Autos mitnehmen, die das Kopftuch – den Hijab – nicht oder nicht «richtig» tragen, erhalten SMS, in denen ihnen mit Strafe gedroht wird. Ladenbesitzer\*innen ist es inzwischen verboten, Frauen zu bedienen, die ihren Hijab ablegen. Ansonsten kann das Geschäft geschlossen werden. Trotz all dieser Unterdrückungsstrategien geben die Frauen nicht auf; weiterhin sind viele von ihnen ohne Hijab in der Öffentlichkeit unterwegs.

Widerstandskraft zeigte auch die Schauspielerin Taraneh Alidoosti – eine international bekannte und beliebte Schauspielerin. Früh zeigte sie ihre Unterstützung für die Protestbewegung. Auf Instagram veröffentlichte sie im Herbst 2022 ein Bild von sich, auf dem sie kein Kopftuch trug und ein Blatt mit der kurdischen Aufschrift «Jin Jiyan Azadi» zeigte. Sie setzte damit auch ein Zeichen für die Intersektionalität des Protestes. Im Dezember wurde sie festgenommen. Bei ihrer Freilassung auf Kautionsanfang Januar wurden Fotos verbreitet, wie Freund\*innen und Familie die Schauspielerin vom Gefängnis abholten – wieder trug sie kein Kopftuch. Ein anderes Bild zeigt sie ohne Kopftuch im Auto, mit den Fingern das Victory-Zeichen machend.

Die Proteste im Iran konzentrieren sich zurzeit auf bestimmte Jahrestage oder Anlässe. Sie sind organisierter geworden, genauso wie die Protestierenden selbst auch. Vieles läuft im Hintergrund. So gibt es Netzwerke, an denen sich

besonders Frauen beteiligen. Sie sammeln Informationen zu politischen Gefangenen und geben sie an Kontakte und Medien im Ausland weiter. Damit wird Aufmerksamkeit für diese Menschen geschaffen, und dies – das wissen die Menschen im Iran – rettet Leben.

**Mutiger Aktivismus** | Am Abend des 8. Januar strömten viele Menschen zum Rajai-Shahr-Gefängnis in der Stadt Karaj; es gab Meldungen, dass die zwei zum Tode verurteilten jungen Männer Mohammad Ghobadlou und Mohammad Boroughani am nächsten Morgen hingerichtet werden könnten. Mohammad Ghobadlous Mutter stellte sich vor die Menge und hielt eine starke Rede über die Ungerechtigkeit, die ihrem Sohn widerfuhr. Solche Einsätze von Angehörigen erinnern an die «Mütter von Khavaran». Nach den Massakern an politischen Gefangenen in den 1980er Jahren war es ihrem Einsatz und ihrem Widerstand gegen das Regime zu verdanken, dass die Machthabenden die Massenhinrichtungen nicht länger vor der Welt geheim halten konnten.

Seit Mitte September sehen wir Videos, Fotos und Berichte aus dem Iran, die den westlichen Blick auf muslimische Frauen in Ländern wie dem Iran, Afghanistan oder dem Irak infrage stellen. Beeinflusst von Klischees und Vorurteilen, sah man Musliminnen als schwach an, als Menschen, die sich in einem Zustand der Unterwerfung eingerichtet haben.

Wer aber Verbindungen in die Region hatte, erkannte etwas anderes: die Netzwerke der Frauen, ihre Stärke und ihre Kämpfe im Alltag. Im Iran geschieht dies nun nicht mehr versteckt, die Frauen wehren sich offen gegen die Repression. Und sie kämpfen nicht allein. An ihrer Seite stehen zahlreiche Männer, die LGBTI\*-Community, die Kurd\*innen, die Belutsch\*innen, die Sunnit\*innen, die Afghan\*innen und andere Minderheiten, die in der Islamischen Republik seit Jahrzehnten unterdrückt werden.

Eine Frau aus Teheran, die sich seit Beginn an den Protesten beteiligt, schildert ihre Beobachtungen: «Alle sind auf den Strassen. Und die Frauen sind ganz vorne mit dabei. Alle schauen auf die Frauen, denn sie sind die Anführerinnen. Das ist grossartig.»

Gilda Sahebi ist eine deutsch-iranische Journalistin, Autorin und Ärztin. Sie ist eine Expertin für die Lage der Frauen im Iran.

**Frauen stehen an der Spitze der Proteste:**  
Für ihre Rechte riskieren sie ihr Leben.

**Frauenhass als Staatsdoktrin** | Um die Stärke des Widerstands zu verstehen, muss man die Wucht der Unterdrückung der Frauen im Iran kennen. Sie sind rechtlich nur die Hälfte eines Mannes wert. Vor Gericht müssen zwei Frauen aussagen, um der Aussage eines Mannes gleichzukommen. Frauen können sich nicht einfach scheiden lassen, den Männern steht das Sorgerecht für die Kinder zu. Bekannt ist auch, dass Frauen weder öffentlich singen noch tanzen dürfen, dass sie sich verschleiern und sich den Kleidervorschriften beugen müssen.

Doch was heisst das für den moralischen und gesellschaftlichen Stellenwert eines Frauenlebens? Der Geistliche Sadegh Husseini Shirasi drückte es einmal so aus: Gott habe drei Arten von Tieren geschaffen. Zum einen Tiere, die dafür geschaffen wurden, die Menschen zu transportieren, wie Pferde und Kamele. Zum zweiten Tiere, die erschaffen wurden, um die Menschen zu ernähren, wie Schafe, Ziegen und Kühe. Die dritte Art seien die Frauen. Wie Schafe, Ziegen und Kühe seien sie geschaffen worden, damit Männer sie benutzen könnten. Gott habe diesen Tieren das Aussehen von Frauen gegeben, damit Männer keine Angst vor ihnen haben müssten.

Shirasi ist nicht irgendein Kleriker; er ist im Iran bekannt und einflussreich. Sein misogynen und menschenverachtenden Blick auf Frauen ist repräsentativ für theologische Fundamentalisten, er wurde zur Staatsdoktrin. Wenn Frauen fundamentale Rechte einfordern, gelten sie als «promiskuitiv», als «Prostituierte». Indem Frauen als Objekte angesehen werden, sind sie systematischer sexueller Gewalt ausgesetzt. Männer lernen, dass sie Frauen vergewaltigen und ermorden dürfen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Für die Regierung ist das Gerede von Freiheitsrechten und universellen Werten aus dem Westen importiert und Ausdruck einer verkommenen Sexualmoral. Dies müsse bestraft werden.

Die iranische Führung und alle Angehörigen des Führungs- und Machtzirkels konnten ihren Frauenhass jahrzehntelang vor den Augen der Welt verstecken. Sie galten als anerkannte Gesprächspartner, als Teil der internationalen Gemeinschaft. Diese Zeiten sind vorbei.



© KEYSTONE / Michael Buhöfner

**Die iranische Führung und alle Angehörigen des Führungs- und Machtzirkels konnten ihren Frauenhass jahrzehntelang vor den Augen der Welt verstecken. Sie galten als anerkannte Gesprächspartner, als Teil der internationalen Gemeinschaft. Diese Zeiten sind vorbei.**

**Unterstützung von den Männern** | Es ist auch diese perverse Logik der Machthabenden, welcher sich die Menschen mit der Forderung «Frau, Leben, Freiheit» widersetzen. Denn sie wissen genau, dass der Grad der Freiheit der Frauen den Grad der Freiheit aller bestimmt. Deshalb kämpfen auch Männer mit, die eigentlich Nutznießer des Patriarchats sind. So zeigt ein Video, das sich rasch in den Online-Netzwerken verbreitete, einen Mann, der mit einem Strauss Blumen durch die Strassen geht und jeder Frau, die kein Kopftuch trägt, eine Blume schenkt mit den Worten: «Danke, dass du die Stadt mit deinen Haaren schöner machst.» Viele Männer haben verstanden: Frauenrechte sind Menschenrechte. |

# Zusammenstehen – hier wie dort

Ein Verein in der Westschweiz unterstützt die Proteste des iranischen Volkes von der Schweiz aus. Die Solidarität ist auch hierzulande nicht ganz ungefährlich. Von Jean-Marie Banderet

Ein stilisiertes Frauenprofil auf der Vorderseite, auf der Rückseite ein Cartoon der iranisch-französischen Comiczeichnerin Marjane Satrapi, das wütende Demonstrantinnen zeigt: Das T-Shirt, das die Gäste im Genfer Büro von Amnesty International tragen, unterstreicht die Unterstützung für die iranischen Frauen. Die sechs Frauen sind mit einer Ausnahme iranischer Herkunft. «Wir waren schockiert über die Gewaltorgie der Revolutionsgarden», sagt Mercedes Novier im Gespräch über ihr Engagement. «Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir von der Schweiz aus so viel wie möglich tun, um zu helfen.» Im Oktober gründete sie mit fünf weiteren Frauen den Verein Zan Zendegui Azadi Suisse (Frau – Leben – Freiheit Schweiz), um den Kampf der Iranerinnen hierzulande sichtbar zu machen und zu unterstützen. Innerhalb weniger Monate haben sich Mercedes Novier, Leila Delarive, Patricia Bally, Tatiana Daneschwar Roux, Mitra Sohrabi und Isabelle Peillon einen Platz in den Radiosendern von RTS, in den Kolumnen von «Le Temps», dem «Blick» und sogar in der NZZ erobert.

Die feministische, unpolitische und nicht religiös gebundene Organisation zählt inzwischen rund 150 Mitglieder. Mit möglichst vielen Medienauftritten möchten die Aktivist\*innen unter anderem Einfluss auf die Schweizer Aussenpolitik nehmen und erreichen, dass die Schweiz die Sanktionen der EU gegen den Iran mitträgt. Dank gewisser interner Regeln hat sich der Verein Glaubwürdigkeit aufgebaut: «Voraussetzung sind starke familiäre und kulturelle Bindungen unserer Mitglieder zum Iran. Wir wollen keine Ego kämpfe. Und wir legen Wert auf eine sehr grosse Genauigkeit bei allen Aussagen, um nicht der Falschmeldungen bezichtigt werden zu können», sagt Patricia Bally.

**Erschwerte Kommunikation** | Nebst dem Lobbyieren und dem Organisieren gut besuchter Veranstaltungen ist Zan Zendegui Azadi Suisse in den sozialen Netzwerken sehr

«Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir so viel wie möglich tun, um zu helfen.»

Die Gründerinnen des Vereins  
Zan Zendegui Azadi Suisse.

aktiv: einerseits um aktuelle Informationen aus dem Iran zu erhalten, andererseits um der Desinformation der iranischen Regierung etwas entgegenzusetzen. Es gibt nur noch wenige iranische Nachrichtenagenturen im Ausland, und es ist für diese sehr schwierig, die Fakten sorgfältig zu überprüfen. Zudem müssten die Quellen im Iran geschützt bleiben.

Die meisten Menschen im Iran würden ohnehin nicht wissen, was genau vor sich geht – es sei denn, es passiert direkt vor der Haustür: Die Regierung blockiert sämtliche offiziellen Medien. Die Menschen sind mangels unabhängiger Zeitungen, TV- und Radiokanäle auf die sozialen Medien angewiesen, um sich zu informieren und um Proteste zu organisieren. Zwar schränkt die Regierung in Teheran den Zugang zu Kanälen wie Instagram oder Whatsapp immer wieder ein, doch finden IT-affine Demonstrant\*innen immer wieder Wege, die Zensur zu umgehen.

Regelmässige Internetabschaltungen, abgehörte Telefongespräche, überwachte Messenger: Der Kontakt zu Verwandten im Iran ist für die Menschen in der Schweiz sehr eingeschränkt. «Meine Mutter reiste nach dem 16. September in den Iran», erzählt die ehemalige Anwältin Leila Delarive. «Whatsapp funktionierte nur wenige Minuten am Tag. Sie können sich vorstellen, wie beängstigend es ist, von nahen Verwandten nichts zu hören.» Mercedes Novier, eine Rechtsanwältin aus dem Kanton Waadt, fügt hinzu: «Am Telefon traut man sich nicht, viel zu sagen, aus Angst, dass die Familienmitglieder Repressalien ausgesetzt werden.»





## «Unser Kampf wird an dem Tag enden, an dem wir alle den Fall der Islamischen Republik auf dem Freiheitsplatz in Teheran feiern werden.»

Abhören von Telefonen und der Überwachung der Online-Kommunikation greift der iranische Geheimdienst regelmässig auf Infiltration zurück.

Auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) geht von Spitzeltätigkeiten des Iran in der Schweiz aus. Iranische Geheimdienste hätten hierzulande als Ziel hauptsächlich «die Kontrolle ihrer Diasporagemeinschaft und politischer Opponenten», schrieb der NDB schon 2020 in einem Sicherheitsbericht. Auf Anfrage von SRF Investigativ im Oktober 2022 antwortete der NDB, dass sich an dieser Einschätzung nichts geändert habe: «Der NDB verfügt über Erkenntnisse, die auf eine Intensivierung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Iran in der Schweiz hindeuten», zitiert SRF News. Auch die vom Iran unterstützten Cyberaktivitäten hätten in den letzten Jahren zugenommen.

Viele Organisationen, die sich gegen die Islamische Republik stellen, haben dies im Iran und im Ausland zu spüren bekommen. Der Verein Zan Zendegui Azadi Suisse ist sich dieser Gefahr bewusst und rekrutiert daher die Mitglieder lieber aus dem Bekanntenkreis und auf lokaler Ebene. Die Mehrheit der Mitglieder sind Schweizer\*innen. Doch der Geheimdienst schreckt auch im Ausland nicht von Drohungen gegenüber Personen zurück, die er als der iranischen Regierung gegenüber kritisch ansieht. Am 24. Januar berichtete der Westschweizer Sender RTS, dass die Einschüchterungen von Mitgliedern der iranischen Diaspora in der Schweiz stark zugenommen hätten.

**Entschlossen, nicht locker zu lassen** | Seit 1979 hat es in der Islamischen Republik mehrere Protestwellen gegeben, jedes Mal wurden sie mit äusserster Brutalität niedergeschlagen. Befürchten die Frauen von Zan Zendegui Azadi Suisse, dass die aktuellen Proteste das gleiche Schicksal erleiden werden? «Nein», antworten die Aktivistinnen. Unter anderem, weil die Jugend, die hinter der Bewegung stehe, zu allem bereit sei. Mitra Sohrabi sagt: «Anders als 2019, als es um die Wahl zwischen Konservativen und Moderaten ging, wird heute die Existenz der Islamischen Republik selbst in Frage gestellt.»

Was auch immer passiere, eines ist für die Frauen sicher: Sie werden nicht aufgeben. «Unser Kampf wird an dem Tag enden, an dem wir alle den Fall der Islamischen Republik auf dem Freiheitsplatz in Teheran feiern werden.» |

Was erfahren die Menschen im Iran über die Solidaritätskundgebungen, die auf der ganzen Welt stattfinden? Mercedes Novier erzählt von einer Nachricht, die sie von jungen Frauen erhalten hat: Diese hätten auf Instagram Bilder von der Demonstration gesehen, die auf der Place des Nations in Genf stattgefunden hatte. «Sie waren dankbar und überrascht über die grosse Menschenmenge, die gekommen war, um die Menschen im Iran zu unterstützen.»

Auch wenn sie lückenhaft seien, würden die Unterstützungsbotschaften aus der Diaspora zur Ausdauer der seit September 2022 andauernden Protestbewegung beitragen, davon sind die Frauen überzeugt. «Dies gilt insbesondere für die gut vernetzte iranische Jugend. Dabei ist diese mit dem Widerspruch konfrontiert zwischen dem, was sie im Alltag erlebt, und dem, was sie über die sozialen Netzwerke von der Aussenwelt erfährt», sagt Tatiana Daneschwar Roux.

### Ein mächtiger Gegner – auch hierzulande

Ein äusserst mächtiger Akteur versucht jedoch, die Verbindungen zwischen den Iraner\*innen und ihren Kontakten im Ausland zu zerschlagen: das Geheimdienstministerium. Der iranische Geheimdienst ist hoch entwickelt und überaus gut ausgerüstet. Vor allem aber kennt er keine Grenzen: Er ist direkt dem Obersten Revolutionsführer unterstellt und entzieht sich somit jeder gerichtlichen Kontrolle. Neben dem



© Muligeta, via iE-gan-er-ai(ia), Pro Helvetia

Ghanas Regierung geht immer stärker gegen LGBTI\*-Personen vor. Die Künstlerin und trans Aktivistin Va-Bene Fiatsi wehrt sich. Sie will lieber sterben, als aufzugeben. Von Natalie Wenger

## Ihr Kampf gegen die Kriminalisierung

Sonntag ist der Tag der Kirche in Ghana. Christliche Predigten und Gesänge ertönen schon am frühen Morgen in den verschlafenen Strassen und rufen zum Gottesdienst. In Massen strömen die Leute in den Dörfern und Städten in die Kirchen – teils sind dies schmucke Kathedralen, teils nur spärlich eingerichtete Steinhütten. In Ghana, wo rund 70 Prozent der Bevölkerung sich zum christlichen Glauben bekennen, wird die Teilnahme am Gottesdienst erwartet, schliesslich gelten Kirchen wie die Church of Pentecost oder die Assemblies of God als wichtige Gemeinschaften. Wer sich dem entzieht, gilt als Aussenseiter\*in oder gar als Abtrünnige\*r.

Zu diesen Abtrünnigen zählt Va-Bene Fiatsi, die heute als Künstlerin und trans Aktivistin für Aufmerksamkeit sorgt. Dabei predigte die 41-Jährige einst selbst für die Freikirche Assemblies of God, ging von Dorf zu Dorf und lehrte das Evangelium, betete für die Kranken und Armen, spendete Trost. Doch das war vor ihrer Transition und bevor sie den Hass zu spüren bekam, der von konservativen und christlichen Kreisen auf queere Personen in Ghana abzielt.

### Kriminalisierung von LGBTI\* |

Der Eifer vieler Kirchen beschränkt sich längst nicht mehr auf geistliche Ange-

legenheiten. Immer stärker mischen die Kirchen in der Politik mit, verlangen die Rückkehr zu traditionellen Familienwerten. LGBTI\* wird in konservativen Kreisen oft als «Lifestyle» diskreditiert oder als westlicher «Import» beschimpft. In Ghana sind Puritanismus und Konservatismus weit verbreitet: In Schulen sind die Geschlechter oft getrennt, über Sexualität wird geschwiegen, Alkohol ist vielerorts verboten. «Die Kirchen sind stolz darauf, Teil der Lobbyarbeit gegen Queerness zu sein», sagt Va-Bene. «Das führt dazu, dass viele Ghanaer\*innen das Gefühl haben, sie kämpfen für Gott, wenn sie queeren Personen gegenüber ausfällig werden.»

Verschiedene Kirchen sind an der Ausarbeitung und Durchsetzung einer besorgniserregenden Gesetzesvorlage beteiligt: dem «Gesetz zur Förderung ordentlicher menschlicher Sexualrechte und ghanaischer Familienwerte». Das Gesetz kriminalisiert sämtliche Formen von Genderidentitäten und sexuellen Orientierungen, die von Cis-Geschlechtlichkeit und Heterosexualität abweichen. Doch nicht nur LGBTI\*-Personen werden kriminalisiert, auch für das blossе Engagement für deren Rechte drohen künftig Haftstrafen. Wer etwa ein Haus an eine LGBTI\*-Person vermietet, macht sich der Komplizenschaft schuldig. Konversionstherapien und die Denunzierung von LGBTI\*-Personen sollten dagegen zur Pflicht werden.

Der Gesetzesentwurf wird derzeit vom Parlament geprüft; wann das Gesetz in Kraft tritt, ist unklar. «Sollte das Gesetz in der jetzigen Form verabschiedet werden, droht uns ernsthafte Gefahr», sagt Va-Bene, die sich offen gegen die Vorlage ausspricht. Obwohl das Gesetz noch nicht in Kraft ist, haben sich die Angriffe auf LGBTI\*-Personen verschärft: Die Büros von ghanaischen LGBTI\*-Organisationen wurden von der Polizei durchsucht und geschlossen. Va-Bene weiss: Tritt das Gesetz in Kraft, ist sie eine der Ersten, die verhaftet wird.

**Einst predigte Va-Bene Fiatsi** das Evangelium. Heute geht sie auf die Strassen, um für die Rechte von LGBTI\*-Personen zu kämpfen, die von der Kirche in Ghana angegriffen werden.

Das Gesetz werde von Einzelpersonen instrumentalisiert, um an die Macht zu kommen, sagt Va-Bene. «Es geht nicht darum, der ghanaischen Gesellschaft etwas Gutes zu tun, auch wenn der Name des Gesetzes andeutet, dass damit Familienwerte gefördert werden. Welcher Familienwert besteht darin, Eltern ins Gefängnis zu stecken, weil sie ein Kind haben, das schwul ist? Welche Werte wollen wir festigen, wenn wir Kinder von ihren Familien trennen, nur weil sie im falschen Körper geboren wurden?»

Von der homo- und transphoben Politik profitieren auch christlich-konservative Organisationen, die in und ausserhalb von Ghana tätig sind. Besonders Organisationen aus den USA wie Family Watch International – eine mittlerweile als Hassgruppe eingestufte Organisation, die Abtreibung als Mord klassifizieren wollte – versuchen seit Jahrzehnten, die Sexualpolitik afrikanischer Länder zu beeinflussen. Mit Erfolg, wie das Beispiel in Ghana zeigt.

**Aktivismus statt Gott** | Va-Bene hatte dem Christentum bereits vor über 10 Jahren abgeschworen – noch bevor das Gesetz erarbeitet wurde. Während ihres Kunststudiums an der Universität in Kumasi begann sie, sich mit dem Verhältnis zu ihrem Körper, ihrer Sexualität und ihrem Geschlecht zu beschäftigen. «Die Kunstschule hat mir erlaubt, Dinge zu hinterfragen und Grenzen zu überschreiten.» Sie begann, auch Gott infrage zu stellen. Auf den sozialen Medien verkündete sie eines Tages: Gott ist tot. «Solche Aussagen führten zu Problemen mit meinem Umfeld. Doch für mich war klar, dass der Gott, an den ich glauben wollte, nicht existierte.» Stattdessen wandte sie sich dem Aktivismus zu. Und ersetzte Gott durch Kunst.

Ihre Transition erlebte Va-Bene als schmerzhaften Prozess. Immer wieder stiess sie auf Ablehnung. Halt fand sie in der Performancekunst, mit der sie ihr Pu-

## Ihre Transition erlebte Va-Bene als schmerzhaften Prozess. Immer wieder stiess sie auf Ablehnung. Halt fand sie in der Performancekunst, mit der sie ihr Publikum auf teils rohe, eindringliche Weise aufrütteln will.

blikum auf teils rohe, eindringliche Weise aufrütteln will. «Meine Kunst ist aus meinem Aktivismus heraus entstanden, inspiriert vom Leben und der Liebe», sagt Va-Bene, die als Künstlerin unter dem Namen crazinisT artisT arbeitet. Die Kunst habe ihr geholfen, ihren Körper besser kennenzulernen und Menschen offen mit ihrer trans Identität zu konfrontieren. In ihrer Performance «Rituals of Becoming» (Deutsch: Rituale des Werdens) thematisiert sie ihre Transition zur Frau, überschreitet die binären Geschlechtervorstellungen, indem sie in einem roten Kleid mit Blumenmuster vor der Kamera steht und sich langsam die sichtbaren Bartstoppen abrasiert. Sie frisiert sich die langen Haare, legt Lippenstift auf. Dabei redet sie über Politik, über Gott, über ihre Existenz. Sie will den Menschen Wissen vermitteln – und Empathie wecken.

**Strassenkunst statt Galerien** | Bei ihrem Besuch in der Schweiz im vergangenen Jahr zeigte Va-Bene ihre Kunst in den Berner Strassen. Mit Performances wie «Meine Farbe ist das Verbrechen, meine Genitalien sind das Tabu» wollte sie sehen, wie ihre Arbeit von einer mehrheitlich *weissen* Bevölkerung wahrgenommen wird.

An Ausstellungen in Galerien sei sie nicht interessiert, sagt Va-Bene. Viel lieber stelle sie ihre Arbeiten im öffentlichen Raum aus: in den Strassen von Ghana, Uganda oder Brasilien – oder eben Bern. Ihre Auftritte erfolgen meist unangekün-

digt, auch weil ihr die spontane Reaktion des Publikums wichtig ist. «Wenn meine Performance sie aufwühlt, berührt oder zum Nachdenken bringt, dann setzt sie etwas in Gang – und kann die Menschen bestenfalls zum Handeln bewegen.»

«In Galerien wird meine Arbeit als exotisch angesehen. Aber was passiert auf der Strasse? Indem ich die Leute mit meiner Kunst konfrontiere, durchbreche ich ihre Vorstellung von Schwarzer Kunst», sagt Va-Bene. Ihre Kunst kam gut an, doch Va-

Beide Bilder: © Francis Kikorko/Reuters





Bene hat die Schweiz nicht nur in positiver Erinnerung. 2016 wurde sie am Flughafen Zürich mehrere Stunden lang festgehalten und durchsucht. «Weil ich trans und Schwarz bin, wirke ich verdächtig», sagt sie. Einmal wurde sie auf den Kapverden drei Tage lang festgehalten. «Ich musste mich am Flughafen nackt ausziehen und den Spott von drei Männern über mich ergehen lassen – erst dann liessen sie mich gehen.»

In Ghana wird Va-Bene fast täglich angegriffen: Sie wird beschimpft, verflucht, verteufelt. «Viele Menschen begehen Selbstmord, weil sie diese psychische Gewalt nicht aushalten», sagt sie. Sie sieht es als ihre Aufgabe, ihre Gemeinschaft zu beschützen.

### Kämpfen für die Zukunft |

2018 hat Va-Bene eine Residenz für Künstler\*innen gegründet, die perfo-

Ze International Artist Residency. Diese dient als Gemeinschaftsraum, in dem sich Künstler\*innen neu erfinden und Werke schaffen, die die Gesellschaft aufrütteln. Jeden Monat besuchen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen den Kunstraum, auch aus der Schweiz oder den USA. «Die Residenz dient dazu, die Existenz von queeren Personen zu normalisieren», sagt Va-Bene.

Nicht alle sind von der Residenz begeistert. Eine Person postete nach einem Besuch auf den sozialen Medien, dies sei ein antichristlicher und gottesfeindlicher Ort. «Die Person hatte wahrscheinlich mit der eigenen Homophobie zu kämpfen», sagt Va-Bene.

Die Residenz bezahlt Va-Bene aus der eigenen Tasche. Sie will die Räumlichkeiten nun kaufen. «Sollte das neue Gesetz verabschiedet werden, werden wir raus-

geworfen. Die Vermieter\*innen können nicht riskieren, wegen uns ins Gefängnis zu kommen.» Daher sammelt sie Spenden für den Kauf eines Gebäudes, das als Zufluchtsort für alle dienen kann, die hier Schutz suchen.

Dass sie riskiert, wegen ihres Engagements im Gefängnis zu landen, sieht Va-Bene gelassen. «Viele Leute wollen mich, Va-Bene, retten. Dabei wäre es viel wichtiger, Ghana zu retten», sagt sie. «Ich will kein Asyl, ich will in Ghana bleiben. Ich bin bereit, für die Gemeinschaft zu kämpfen und sogar zu sterben.» Sie könne sich nicht vorstellen, aufzugeben. «Was ich heute mache, mache ich nicht für mich oder meine Generation. Ich kämpfe für diejenigen, die noch nicht geboren sind. Damit sie in hundert Jahren nicht mehr den Kampf führen müssen, den wir heute führen. Darin liegt meine Hoffnung.»

**Ihre Transition zur Frau** ist eines der prägenden Elemente von Va-Bene Fiatsis Kunst. Die Künstlerin spielt gerne mit den unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten.



# Im Netz des Syndikats

**In Südostasien zwingen Menschenhändler\*innen ihre Opfer zum massenhaften Online-Betrug. Aktivist\*innen werfen den Behörden vor, zu wenig dagegen zu unternehmen.** Von Mathias Peer

Das Angebot war zu verlockend, um es zu ignorieren: 1000 US-Dollar im Monat sollte Nop bekommen, dazu freie Kost und Logis. Mitten in der Pandemie, die die Wirtschaft seines Heimatlandes Thailand strangulierte, war der auf Facebook ausgeschriebene Job für den damals knapp 40-jährigen ein Hoffnungsschimmer. Doch aus der Hoffnung wurde ein Albtraum. Nop wurde eingesperrt, erpresst und geschlagen. Monate lang lebte er in Angst. Inzwischen ist er wieder frei – doch andere versuchen nach wie vor, der Gewalt zu entkommen.

Nop, der seinen vollen Namen zum eigenen Schutz nicht nennen will, ist eines von Tausenden Opfern von Menschenhändler\*innen, die ihr kriminelles Geschäftsmodell während der Coronakrise ins digitale Zeitalter gehoben haben – und Asiens Schwellenländer bis heute in Atem halten. Die Leute im Hintergrund, laut Behörden Verbrechersyndikate aus China, zwingen ihre Gefangenen zum massenhaften Online-Betrug im Schichtbetrieb. Wer zu wenig Geld erbeutet, wird bestraft. Wer entkommen will, riskiert sein Leben.

**Angst und Scham** | Beworben hatte sich Nop auf eine Bürostelle in einem Casino in Thailands Nachbarland Kambodscha. Als er Ende 2021 in der bei chinesischen Urlauber\*innen beliebten Küstenstadt Sihanoukville ankam, merkte er sofort, dass etwas nicht stimmte. Er wurde in den vierten Stock eines Gebäudes

Mathias Peer ist freischaffender Journalist in Thailand.

gebracht, das ab diesem Moment zu seinem Gefängnis wurde. Die vermeintlichen Arbeitgeber\*innen nahmen ihm seine Reisedokumente und sein Handy ab. «Ich wurde in einem Zimmer eingeschlossen», erzählt Nop Monate später vor Medienschaffenden im Bangkokener Auslandskorrespondentenclub. «Mir wurde in dem Augenblick klar: Ich war heringelegt worden.»

Nop trägt eine Baseballkappe und eine Atemmaske, die fast sein gesamtes Gesicht verdeckt. Er will nicht erkannt werden – nicht nur aus Angst vor den Kriminellen, über die er spricht, sondern auch aus Scham über das, wozu er in seinem halben Jahr Gefangenschaft gezwungen wurde. Als Teil der gigantischen Betrugs-maschinerie, die kriminelle Banden in Kambodscha errichtet haben, wurde er dazu gebracht, selbst zum Täter zu werden. Seine Aufgabe lautete, Landsleute in Thailand um ihr Ersparnis zu bringen.

Die Methode war einfach, aber effektiv. Über gefälschte Profile in Dating-Apps nahm Nop Kontakt zu seinen Opfern auf. Nachdem er ihr Vertrauen gewonnen hatte, überzeugte er sie, Geld über manipulierte Online-Handelsplattformen zu investieren. Seine Aufseher\*innen in der kambodschanischen Betrugsfabrik hätten von ihm verlangt, Tausende US-Dollar pro Monat einzutreiben – und mit Gewalt gedroht, sollte ihm das nicht gelingen, erzählt Nop.

**Eine Ausbeutungsindustrie** | Er und die Dutzenden Mitgefangenen in der kambodschanischen Casinoanlage waren nicht allein. Büroflächen für den

erzwungenen Online-Betrug hatten sich zu dem Zeitpunkt längst über Sihanoukville, die Hauptstadt Phnom Penh und andere Gegenden in Kambodscha ausgebreitet. Über ähnliche Fälle wird inzwischen auch aus Laos und Myanmar berichtet. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) schätzt, dass Tausende – wenn nicht Zehntausende – Menschen in Kambodscha zu Opfern wurden. Betroffen sind nicht nur Thailänder\*innen: Die Menschenhändler\*innen rekrutieren auch in Vietnam, auf den Philippinen, in Taiwan, Indonesien und Malaysia.

Wer ihnen ins Netz geht, wird in der Regel darauf angesetzt, Menschen in der jeweiligen Heimat in diverse Betrugsfallen zu locken – mal in Form vermeintlicher Investmentportale, mal mit manipulierten Glückspielwebseiten und mal als Unterstützung für vermeintliche Online-Liebhaber\*innen. Lokale Polizeibehörden gehen davon aus, dass so seit Beginn der Coronakrise Hunderte Millionen Dollar erbeutet wurden.

Die Pandemie wirkte wie ein Katalysator für den Menschenhandel im Online-Betrug. In Sihanoukville, einem der Zentren der boomenden Ausbeutungsindustrie, sorgte eine dubiose Glücksspielindustrie lange Zeit für gute Einnahmen – vor allem chinesische Tourist\*innen kamen zum Zocken. Viele der mehr als 100 über die Stadt verstreuten Casinos und Spielhallen haben laut dem Südostasien-Experten Jason Tower, der für das United States Institute of Peace in der Region arbeitet, Verbindungen zu kriminellen Netzwerken in China. «Als wegen der



**Jaruwat Jinmonca** möchte sein Gesicht lieber nicht zeigen.

In diesem Haus fand die kambodschanische Polizei Opfer von Menschenhandel und Folter.



Pandemie keine Spieler\*innen aus China mehr kommen konnten, hatten sie ein grosses Problem.» Die Hinterleute mussten sich deshalb neu orientieren, wie auch die UNODC feststellt: Der Online-Betrug wurde für viele zum neuen Hauptgeschäft.

Nop wollte damit nach eigenen Worten nichts zu tun haben. Doch seine Aufseher\*innen sagten, sie würden ihn nur gegen eine Zahlung von umgerechnet knapp 4000 Franken wieder gehen lassen – eine Summe, die er unmöglich hätte auftreiben können, wie er später erzählt. Nop tat deshalb, was ihm befohlen wurde. Wegen der 24-stündigen Videoüberwachung hatte er nur gelegentlich den Mut und die Chance, Hilferufe abzusetzen. Eine Nachricht an die kambodschanischen Behörden versandete. Nop bekam zu sehen, wie ein Vietnameser, der fliehen wollte, misshandelt wurde. Nach mehreren Monaten flog auch Nop mit einem Versuch auf, Thailands Polizei zu alarmieren. Zur Strafe sei er in einen komplett abgedunkelten Raum eingesperrt worden, berichtet er. «Man hat mir mit einem elektrischen Schlagstock ins Gesicht und auf den Rücken geschlagen. Drei Tage bekam ich nichts zu essen.»

**Von Folter bis Mord** | Mehrere Opfer erzählten nach ihrer Freilassung von ähnlichen Misshandlungen. Es gibt auch Berichte, wonach sich Gefangene, die sich den Anweisungen widersetzt hätten, getötet worden sein. Die Betroffenen

erlebten eine «Hölle auf Erden», in der es regelmässig zu Folter und Tod komme, sagte der für die Menschenrechtslage in Kambodscha zuständige Uno-Sonderberichterstatter Vitit Muntarbhorn im August in einer Uno-Mitteilung.

Nop verdankt seine Freiheit einer Gruppe von freiwilligen Helfer\*innen der thailändischen Immanuel Foundation, die sich auf die Unterstützung von Menschenhandelsopfern spezialisiert hat. Im Juli vergangenen Jahres gelang es ihnen, Nop nach mehr als sechs Monaten wieder über die Grenze nach Thailand zu bringen.

Jaruwat Jinmonca, der Gründer der christlichen Stiftung, erzählt bei einem Treffen in einem Bangkokener Wohnhochhaus, wie er bei seinen Befreiungsaktionen vorgeht. Derzeit beschäftigt ihn der Fall von 27 Opfern aus Thailand, die noch immer in einem Gebäude in Kambodscha festgehalten werden und sich an ihn gewandt haben. Die kambodschanische Polizei sei keine Hilfe, sagt er. Und die Personen direkt aus der Gefangenschaft zu holen, sei zu gefährlich. Er wartet deshalb, bis die Menschenhändler\*innen ihre Opfer an einen neuen Ort bringen – eine regelmässige Rotation der Festgehaltenen zwischen verschiedenen Anlagen sei üblich. «Ausserhalb ihrer Gebäude gelingt uns der Zugriff am leichtesten», sagt er. Die Menschenhändler\*innen nutzten laut Jaruwat die Dienste gewöhnlicher Reisebusunternehmen, um die Opfer zu verlegen. Sie würden die Fahrt nicht begleiten, um

sich selbst nicht der Gefahr einer Festnahme auszusetzen. Die Busfahrer, die zum Reiseunternehmen gehörten und nicht mit den Kriminellen unter einer Decke steckten, würden bei einem Stopp informiert und die Insassen kämen so kampfflos frei.

Den kambodschanischen Behörden wirft Jaruwat vor, zu wenig gegen die kriminellen Machenschaften zu unternehmen. Im September kam es nach öffentlichem Druck zwar zu Razzien, bei denen rund 1000 Personen befreit wurden. «Korruption sorgt aber dafür, dass die Täter ungeschoren davorkommen – und immer wenn eine Anlage schliesst, macht eine neue auf», sagt Jaruwat. Die vereinzelten Festnahmen der vergangenen Monate beschränkten sich offenbar auf Personen mit untergeordneten Rollen in dem Menschenhandelsring.

Jaruwat fordert internationale Unterstützung, um den Sumpf trockenzulegen. «Nur wenn auf Kambodschas Regierung weltweit Druck gemacht wird, wird sich an der Situation etwas ändern», sagt er. Auch der Uno-Sonderberichterstatter Vitit Muntarbhorn betont, Kambodscha müsse Gegenmassnahmen mit grösserer Vehemenz ergreifen.

Für Nop ist die Tortur auch Monate nach seiner Freilassung noch nicht vorbei. Er wurde wegen seiner Verwicklungen in Online-Betrugsfälle in Thailand angeklagt – und muss nun vor Gericht beweisen, dass er Opfer und nicht Täter war. |

# Im Zentrum des Krieges

**Vor knapp einem Jahr packte die Journalistin Maurine Mercier ihre Sachen, um nach Kiew zu ziehen. Doch was bedeutet es, als Korrespondentin in einem Land zu leben, das sich im Krieg befindet? Ein persönlicher Rückblick.** Von Maurine Mercier

Am 24. Februar 2022, als Wladimir Putin versucht, die Ukraine an sich zu reißen, bin ich wie alle anderen ergriffen. Sehr schnell denke ich an die Babuschkas, die Grossmütter, die ich 2014 in Donezk kennengelernt habe und die nun gezwungen sind, alleine in einer zerstörten Stadt zu bleiben. Die ganze Welt hatte sie vergessen. Ich auch. Vergessen waren auch die Monate, die ich im Donbass verbracht hatte, die kleinen Häuser, die von den ständigen Bombenangriffen zerfetzt wurden, der Lärm der Explosionen, die bebende Erde.

Nach sechs Jahren in Nordafrika, in denen ich unter anderem über den Krieg in Libyen berichtet habe, beschliesse ich also, in die Ukraine zu ziehen. Nicht, um über einen neuen Krieg zu berichten: Ich wollte über den eigentlich gleichen Krieg berichten, den ich bereits acht Jahre zuvor entstehen sah. Schon im November 2014 hatte ich mich in Donezk in Vierteln bewegt, in die sich die OSZE-Beobachter\*innen nicht mehr hineinwagten. Mein Fahrer Yuri brachte mich dennoch unter Risiken hin – wie gefährlich das war, erlebten wir denn auch sofort: Unversehens begegneten wir ukrainischen Soldaten, die anderen, viel besser ausgerüsteten Bewaffneten gegenüberstanden. Erst viel später wurde mir klar, dass wir damals auf Wagner-Milizen getroffen waren, die sich schon damals Strassenkämpfe mit der ukrainischen Armee

lieferten, inmitten der in der Stadt eingeschlossenen Zivilist\*innen.

Ich bin es nicht gewohnt, über mich selbst zu sprechen. Mein Beruf ist es, die Menschen, die den Krieg täglich erleben, sprechen zu lassen. Wobei es ohnehin so gut wie unmöglich ist, von beiden Seiten zu berichten, obwohl man dies ja eigentlich müsste. Aber Russland erteilt aus-

ländischen Journalist\*innen ohnehin keine Visa.

In der Ukraine sieht man eine Bevölkerung, die sich selbst zu helfen weiss. Hier haben die Menschen schon vor Langem gelernt, dass man sich nicht auf den Staat verlassen kann, der bei vielen als ineffizient und korrupt gilt. Von den ersten Stunden an organisierten die Bürger\*innen humanitäre Hilfe, die effizienter und schneller als jegliche staatliche Unterstützung war. Sie sammelten Geld und beschafften alles, bis hin zu Waffen für die Soldat\*innen an der Front.

In der Ukraine zu leben, bedeutet nicht nur Widerstandsfähigkeit zu sehen, sondern auch die kollektive Traumatisierung mitzerleben, die die 42 Millionen Einwohner\*innen erfahren. Erst nach mehreren Monaten des Krie-



ges sehe ich Menschen, die sich endlich erlauben zu weinen. Und auch zu lachen. Um das alles durchhalten zu können, muss man loslassen. So stehen zu Beginn dieses Jahres in einem Restaurant in Kiew wieder Komiker\*innen auf einer kleinen Bühne. Das Publikum lacht – auch über den Krieg.

Als Korrespondentin in der Ukraine zu leben, bedeutet auch, so rasch wie möglich in gerade befreite Städte wie Butscha, Irpin, Cherson zu gelangen, um tagelang Aussagen der Zeug\*innen zu sammeln. Von den überlebenden, erschöpften Zivilist\*innen höre ich mitunter auch: «Ob die Ukraine oder Russland gewinnt, ist mir egal. Ich kann nicht mehr, ich will nur noch, dass der Krieg endet.»

**Als Journalistin** ist man in der Ukraine mit schrecklichen Bildern konfrontiert – aber auch mit der Widerstandskraft der Bevölkerung.



© xDmytroxSmilyhenko/imag

Als Kriegsreporterin bin ich sowieso ständig mit schrecklichen Situationen konfrontiert, mit Leichen von Zivilpersonen, wie sie in Butscha auf den Strassen lagen. Mit toten Soldat\*innen auf verminnten Schlachtfeldern, die man manchmal erst Monate später findet, wie in Cherson. Bilder, die man lieber nie sehen würde.

Seit ich in der Ukraine lebe, habe ich viele Graubereiche gesehen. In der Stadt Mykolajew sagte mir ein ukrainischer Soldat angewidert: «Ja, es sind Ukrainer\*innen, die die Koordinaten unserer Verstecke an die russische Armee weitergeben, die uns dann bombardiert. Und ja, wir benutzen Schulen, aber auch alle anderen grossen öffentlichen Räume, denn wir können ja nicht im Freien schlafen. Wir brauchen Räume, in denen wir uns verstecken können, und Küchen, in denen wir uns etwas zu essen machen können.» In Mykolajew befinden sich die Kinder seit Beginn des Krieges im Fernunterricht, da viele Schulen in Kasernen umgewandelt wurden. «Schauen Sie sich diese Schule an, zum Glück konnte uns der Geheimdienst warnen, bevor wir bombardiert wurden», sagt der Soldat und deutet auf die zerstörte Schule. Sie wurden von Nachbar\*innen verpöffelt, die es leid waren, dass sich Soldaten in der Nähe versteckten.

In der kriegsgebeutelten Ukraine zu leben, kann aber auch heissen, in den Supermärkten der Hauptstadt Berge von Avocados und Litschis zu sehen, die neuesten Mobiltelefone... Hier funktionieren die Versorgungsketten fast wie früher. Es bedeutet aber auch, einen Soldaten zu sehen, der am Bahnhof von Kiew vor seiner zweijährigen Tochter niederkniet, um sich von ihr zu verabschieden. Und sich zu fragen, ob dieser Vater wiederkommen wird.

Die Ukrainer\*innen mussten lernen, mit dem Krieg zu leben. Sie haben keine andere Wahl. Viele Menschen leiden un-

**Maurine Mercier** ist Korrespondentin für den Westschweizer Sender RTS und andere französisch sprachige Medien in Kiew. Sie hat für ihre Berichterstattung aus der Ukraine verschiedene Preise gewonnen.



ter Hypervigilanz – einem durch Traumata ausgelösten Zustand erhöhter Wachsamkeit und Erregung. Die 25-jährige Lulia muss aus diesem Grund angstlösende Medikamente einnehmen. «Ich konnte nicht mehr schlafen», sagt sie. «Ich glaubte, die Sirenen zu hören und wollte meine Eltern wecken, damit sie sich in Sicherheit bringen. Ich war nicht mehr ich selbst und wurde manchmal aggressiv.» Die 9-jährige Olga, die seit fast drei Jahren die Schule im Fernunterricht besucht, erklärt mir: «Papa ist im Krieg. Ich habe Angst um ihn. Aber ich schreibe ihm Nachrichten. Ich habe aber Angst, dass er sie im falschen Moment liest und dadurch abgelenkt wird...» Olga hält sich ihre kleine, zur Pistole umfunktionierte Hand an den Kopf, um mir mit einem «Pschhht»-Geräusch symbolisch zu zeigen, wie er getötet wird.

Meine Arbeit ist oft kompliziert, so muss ich Beiträge teilweise um drei Uhr morgens schneiden, weil der Strom erst spät in der Nacht wieder angestellt wird. Ich werde immer wieder von dumpfen Explosionsgeräuschen geweckt und durchforste dann – wie die Ukrainer\*innen – sofort die Telegram-Feeds, um herauszufinden, wo die Bomben einschlugen und ob es Opfer gibt. Im ersten Kriegsjahr habe ich bereits zwei Freunde verloren. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie es für die Menschen hier ist, die so viele Angehörige und Freund\*innen verloren haben. |



## «Wir haben als Land versagt»

Mit der Aufhebung des Leiturteils «Roe vs. Wade» aus dem Jahr 1973 durch den Obersten Gerichtshof in den USA fiel das zuvor durch die Verfassung garantierte Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Ungewollt Schwangere müssen nun auf Mexiko ausweichen – wenn sie können. Von Olalla Piñeiro Trigo

«Es ist verheerend für die Rechte der Bevölkerung, dass wir nach fast zwanzig Jahren schliessen müssen», sagt Marva Sadler, Direktorin für klinische Dienste bei Whole Women's Health. Das private Unternehmen, das Schwangerschaftsabbrüche anbietet, hatte keine andere Wahl, als vier Kliniken in Texas zu schliessen, seit hier Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stehen. Um den Menschen im Süden der USA weiterhin Zugang zu reproduktiven Rechten zu gewähren, sammelt die Einrichtung jetzt Spenden für die Eröffnung einer neuen Klinik im Nachbarstaat New Mexico.

Wie Marva Sadlers Klinik mussten im ganzen Land bereits 66 weitere Institutionen den Laden dichtmachen. Am 24. Juni 2022 hat der Oberste Gerichts-

hof der USA das Urteil «Roe vs. Wade» aufgehoben, das seit 1973 das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auf Bundesebene garantiert hatte.

Seither kann jeder Bundesstaat selbst entscheiden, ob er die Praxis legalisiert oder nicht. Lange dauerte es nicht, bis 12 konservativ regierte Bundesstaaten Schwangerschaftsabbrüche auf ihrem Territorium vollständig verboten: Texas, Alabama, Arkansas, Idaho, Kentucky, Louisiana, Missouri, Oklahoma, South Dakota, Tennessee, West Virginia, Mississippi. Andere Bundesstaaten schränkten das Recht auf Schwangerschaftsabbruch stark ein, so zum Beispiel Georgia, wo Abbrüche nur noch bis zur sechsten Schwangerschaftswoche erlaubt sind, obwohl die meisten Betroffenen zu diesem Zeitpunkt

noch gar nicht wissen, dass sie schwanger sind. In elf weiteren Bundesstaaten besteht die Gefahr, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eingeschränkt wird, mehrere Staaten befinden sich diesbezüglich noch in einem Rechtsstreit. Mehrere Klagen, mit denen Schwangerschaftsabbrüche verboten oder drastisch eingeschränkt werden sollten, wurden von den Gerichten abgewiesen, sodass die Kliniken – zumindest vorübergehend – ihre Arbeit fortsetzen konnten. Dies gilt beispielsweise für Indiana, wo der Oberste Gerichtshof im Oktober letzten Jahres ein Moratorium für das fast vollständige Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen verhängte. Bis das Oberste Gericht in Indiana über die Verfassungsmässigkeit des Gesetzes entschieden hat, dürfen somit weiter

**Weil Schwangerschaftsabbrüche in vielen Bundesstaaten in den USA verboten sind,** müssen viele Frauen anderweitig Hilfe suchen – auch in Mexiko.

Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.

**Ungleicher Zugang** | Organisationen, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch engagieren, mussten ihre Aktivitäten anpassen. «Wir haben unsere Informations- und Aufklärungsarbeit intensiviert, um sicherzustellen, dass jede betroffene Person ihre Optionen kennt», sagt Marva Sadler. Ein weiterer Schwerpunkt wurde ausserdem das Lobbying bei Politiker\*innen und Gerichten.

Insbesondere Organisationen, die finanzielle Unterstützung anbieten, sind gefragt. Denn viele Schwangere müssen Hunderte von Kilometern zurücklegen, um in einen Staat zu gelangen, der ihnen einen Schwangerschaftsabbruch ermöglicht. «Eine Abtreibung kostet viel Geld. Das kann von 500 bis zu 2500 Dollar gehen», sagt Marva Sadler. Zu den medizinischen Kosten kommen Reisekosten, Unterkunft, die Folgen der Abwesenheit vom Arbeitsplatz und manchmal auch Kinderbetreuungskosten hinzu. Laut einer Studie der «New York Times» können sich die gesamten Kosten auf über 4000 US-Dollar belaufen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass auch in den meisten Staaten, in denen Schwangerschaftsabbrüche legal sind, die Kosten nicht von den Versicherungen übernommen werden. Von diesen Problemen sind insbesondere People of Colour, Arme und Migrant\*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung betroffen.

Der ungleiche Zugang zu qualitativ hochwertigen Familienplanungsdiensten, Misstrauen gegenüber dem medizinischen System und ökonomische Benachteiligung führen gemäss dem Center for Disease Control and Prevention dazu, dass die Rate von Schwanger-

schaftsabbrüchen bei Schwarzen Frauen fast viermal so hoch und bei Frauen hispanischer Abstammung fast doppelt so hoch ist wie bei weissen Frauen – so die Daten von 2019. Die Direktorin für klinische Dienste bei Whole Women's Health sagt: «Wir haben als Land versagt. Wir leben in einer polarisierten Gesellschaft, in der einige Menschen Zugang zu ihren reproduktiven Rechten haben, aber nicht die am stärksten Benachteiligten.»

**Nachbarstaaten als Helfer** | In rund 20 US-Bundesstaaten ist der Schwangerschaftsabbruch nach wie vor legal, doch manchmal ist es einfacher, nach Kanada oder Mexiko zu reisen. Die feministische mexikanische Organisation Las Libres kann dies bestätigen. Die Nachfrage sei sprunghaft angestiegen, sagt die Vorsitzende Verónica Cruz: «Vor der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs kamen die Anfragen aus angrenzenden Bundesstaaten. Jetzt kommen die mehr als 100 Anrufe pro Woche aus den ganzen USA.»

Die Organisation Las Libres ist seit 22 Jahren tätig und berät und begleitet Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch wünschen. Dieser ist in Mexiko seit 2021 entkriminalisiert. Seit der Aufhebung von «Roe vs. Wade» unterstützt die Organisation auch US-Amerikaner\*innen. Wenn man ihr vor zehn Jahren gesagt hätte, dass Mexiko seinem Nachbarland unter die Arme greifen würde, hätte Verónica Cruz keine Sekunde daran geglaubt. «Lange Zeit war es genau umgekehrt. Aber zur heutigen Situation kam es nicht über Nacht: Schwangerschaftsabbrüche waren in den USA schon immer umstritten. Die Barrieren für den Zugang wurden nach und nach aufgebaut.»

Las Libres hat zwar ein starkes Netzwerk von fortschrittlichen Kliniken aufgebaut, doch das Hauptangebot sind die Abtreibungspillen. Kritik an dieser nichtchirurgischen Methode des Abbruchs wischt Verónica Cruz beiseite. «Wir bie-

ten die Abtreibungspille seit über 20 Jahren an. Die Mehrheit bevorzugt sie, da sie einfach in der Anwendung, weniger einschneidend und sicher ist und von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen wird.»

Ungewollt Schwangere aus den USA kamen nach den Verboten von Schwangerschaftsabbrüchen nach Mexiko, um das Medikament zu beschaffen. Doch der Handel mit Abtreibungspillen scheint sich nun in den USA zu demokratisieren: Die Biden-Regierung hat Anfang Januar mit Zustimmung der Food and Drug Administration entschieden, ihren Verkauf in amerikanischen Apotheken zuzulassen. Die Pillen sind in den USA jedoch weiterhin verschreibungspflichtig und überverteuert – nach Angaben der US-amerikanischen Familienplanungsbehörde kosten sie zwischen 580 und 800 Dollar. In Mexiko gibt es sie für etwa 20 Dollar, rezeptfrei. «Mexiko hat lange Zeit einen heuchlerischen Diskurs geführt: Abtreibung wurde kriminalisiert, aber Misoprostol war frei erhältlich. Dadurch konnten Frauen die Schwangerschaft abbrechen, ohne dass der Staat dafür öffentliche Einrichtungen schaffen musste», erklärt Verónica Cruz.

Für diejenigen, die die Pillen nicht in Mexiko besorgen können, sei es aufgrund ihres Aufenthaltsstatus oder aus finanziellen Gründen, hat Las Libres ein System entwickelt: Freiwillige – hauptsächlich US-Amerikaner\*innen – reisen zwischen den Ländern hin und her und geben die Pillen kostenlos an diejenigen weiter, die sie wünschen. Alles geschieht anonym, aus Sicherheitsgründen.

Die Verfechter\*innen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in den USA betonen, dass sie weiterkämpfen werden. So auch Marva Sadler, die seit 17 Jahren im Gesundheitswesen tätig ist. «Es ist unerträglich, dass ich nicht in der Lage bin, Hilfe zu leisten. Es wird lange dauern, aber wir werden alles tun, um reproduktive Gerechtigkeit zu gewährleisten.» |



**2021 wurde Alaa Abdel Fattah** zu 5 Jahren Haft verurteilt, diesmal wegen «Verbreitung falscher Nachrichten».

## Appell aus dem Gefängnis

**Der Blogger Alaa Abdel Fattah ist seit mehr als zehn Jahren ein politischer Gefangener Ägyptens. Aus der Haft hat er über politische Entwicklungen in Ägypten und weltweit geschrieben. Eine Sammlung seiner Essays ist nun auf Deutsch erschienen.**

Von Hannah El-Hitami

Die Umstände, unter denen Alaa Abdel Fattah sein Buch geschrieben hat, sprechen Bände: Manche Essays schrieb er mit Bleistift auf Papier in seiner Zelle im Tora-Gefängnis bei Kairo. Andere verfasste er im Polizeirevier, wo er selbst während seiner wenigen Monate in «Freiheit» die Nächte verbringen musste. Ein Essay entstand aus Gedanken, die er und ein anderer politischer Gefangener sich im Gefängnishof zuriefen. Weitere diktierte er seinen Anwälten im Gerichtssaal während der Anhörungen zur Verlängerung seiner Haft.

Alaa Abdel Fattah ist Ägyptens bekanntester politischer Gefangener – und einer der langjährigsten. Das Jahrzehnt seit Beginn der ägyptischen Revolution 2011 hat er fast vollständig im Gefängnis verbracht, viel davon in Isolationshaft. In unfairen Gerichtsverfahren wurde er für regierungskritische Äusserungen und die Teilnahme an Protesten verurteilt. Im November 2022 erhielt sein Fall erneut

internationale Aufmerksamkeit, als er anlässlich des Weltklimagipfels in Ägypten in einen Hungerstreik trat und sogar auf Wasser verzichtete. Obwohl ihn das beinahe das Leben gekostet hätte und obwohl Politiker\*innen und Aktivist\*innen weltweit seine Freilassung forderten, ist Alaa Abdel Fattah noch immer im Gefängnis.

Von dort aus hat der 41-Jährige über die Lage Ägyptens geschrieben, das unter Präsident Abdel Fattah Al-Sisi, einem Ex-Militär, ein nie dagewesenes Ausmass an Repression erlebt. Seine Familie hat diese Schriften in einem Buch zusammengefasst, das nun in deutscher Übersetzung erschienen ist.

Ein Essay handelt von den Zehntausenden politischen Gefangenen im Land, von denen jeder wisse. Dennoch behauptet der Staat weiterhin, in Ägypten gäbe es keine politischen Gefangenen, keine Folter, keine willkürlichen Festnahmen und keine Unterdrückung. Ein anderes Kapitel erinnert an den Militärputsch 2013

und das Massaker der Armee an Tausenden Mitgliedern der Muslimbruderschaft, die gegen die Absetzung des demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mursi protestiert hatten. «Die heute auf die Muslimbruderschaft gerichteten Waffen werden das nächste Mal auf jemand anderes gerichtet sein», mahnt Abdel Fattah. «Das Militär ist keine säkulare Instanz, die den Islamismus bekämpft – das Militär ist das alte Regime, das den Wandel bekämpft.»

Die Worte des Bloggers schwanken zwischen Kampfgeist und Verzweiflung. Aus der Enge seiner Zelle appelliert er an alle, die «im Gegensatz zu mir noch nicht besiegt» sind: Sie sollen ihre Freiheit nutzen, um Widerstand zu leisten. Die internationale Gemeinschaft fordert er auf: «Repariert eure eigene Demokratie.» Das sei der wirksamste Weg, etwas zu verändern. Seine Mitbürger\*innen ermutigt er, auf die Strasse zu gehen und die ägyptische Regierung herauszufordern. «Hoffnung zu vermitteln, ist eure Aufgabe.» |



**Alaa Abdel Fattah**  
**Ihr seid noch nicht besiegt.**  
**Ausgewählte Texte**  
**2011-2021.**  
Klaus Wagenbach,  
Berlin 2022.  
240 Seiten.



# Schwarze Stimmen

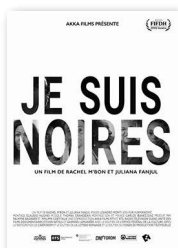
In «Je suis Noires» gibt Rachel M'Bon Schwarzen Frauen in der Schweiz eine Stimme, um über Rassismus und Identitätssuche zu sprechen. Das Interview führte Olalla Piñeiro Trigo.

**AMNESTY:** Rachel M'Bon, wie kam es zu diesem Film?

**Rachel M'Bon:** Ich hatte bereits Porträts von Schwarzen Frauen veröffentlicht, als ich 2017 die Instagram-Seite «@n\_o\_i\_r\_e\_s» startete und Frauen auf der Strasse zum Thema Identität und Rassismus in der Schweiz befragte. Aber ich hatte Lust weiterzugehen: Anhand von Gesprächen mit Schwarzen Frauen aller Generationen und aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wollte ich aufzeigen, dass die Hautfarbe auch bei einem privilegierten sozialen Status das gesamte Leben bestimmen kann.

**Wie zeigt sich der systemische Rassismus in der Schweiz?**

Es gibt Diskriminierung bei der Jobsuche, in der Schulbildung, bei der Wohnungssuche. Im Gesundheitswesen weigern sich manche Patient\*innen, von Schwarzem Personal behandelt zu werden. Die Behandlung von Schwarzen Patient\*innen ist ebenfalls betroffen, ihre Beschwerden werden oft nicht ernst genommen, weil aufgrund rassistischer Vorurteile davon ausgegangen wird, dass sie Schmerzen übertreiben.



**Je suis Noires**  
Regie: Rachel M'Bon,  
Juliana Fanjul

Ab dem 9. März in  
Deutschschweizer Kinos

**Man spricht oft von Mikroaggressionen – scheinbar kleinen rassistischen Verletzungen, die «nicht böse gemeint» seien.**

Mit Mikroaggressionen werden Betroffene mit ihrem angeblichen «Anderssein» konfrontiert. So zum Beispiel, wenn man eine rassifizierte Person fragt, woher sie ursprünglich kommt, obwohl sie hier geboren ist und immer hier lebte. Ein anderes Beispiel: Ich wurde gefragt, ob ich adoptiert sei, weil ich so «weisse Manieren» habe. Solche Bemerkungen können das Selbstwertgefühl beeinträchtigen.

**Im Film erzählt eine junge Frau, dass ein Teil ihrer weissen Familie sie nicht küsst...**

Rassismus innerhalb der Familie ist ein grosses Tabu. Meine Mutter wurde von einem Teil ihrer Berner Familie ausgegrenzt. Unbekannte haben sie auf der Strasse als Prostituierte beschimpft, weil sie einen Schwarzen Mann geheiratet hatte. Es ist auch schwierig für Eltern, deren Kind ihnen «nicht ähnlich sieht». Wenn ich mich in der Öffentlichkeit als Tochter meiner weissen, blauäugigen Mutter vorstelle, gibt es immer zweifelnde Blicke.

**Wie baut man in einem mehrheitlich weissen Land eine Schwarze Identität auf?**

Indem aus den vielfältigen Zugehörigkeiten eine Stärke gemacht wird. Das fängt damit an, das kulturelle Erbe zu schätzen, ohne die Kultur des Landes, in dem man lebt, zu vernachlässigen. Ich selbst habe meine afrikanische Seite lange verleugnet. Schwarze Vorbilder zu haben und mich für afrikanische Kulturen

zu interessieren, half mir, meine Identität zu akzeptieren. Auch die Gemeinschaft stärkt: Gesprächsräume für Betroffene, in denen man sich über Erfahrungen und Fragen austauschen kann. Auch wenn jeder Schwarze Mensch eine eigene Identität hat, lassen sich Ähnlichkeiten in den Lebensläufen finden.

**Welche Auswirkungen erhoffen Sie sich von Ihrem Film?**

Ich sehe ihn als ein Werkzeug für den Dialog und die Dekonstruktion des Selbst. Rassismus ist ein Problem der Weissen, wie die Autorin Reni Eddo-Lodge sagen würde. Der Kampf darf nicht nur von den Betroffenen geführt werden, sondern muss ein gemeinsamer sein. Solange sich weisse Menschen dessen nicht bewusst werden, kann rassistische Diskriminierung nicht beseitigt werden.



**Rachel M'Bon:** Auf der Spurensuche Schwarzer Identität.

# Fotograf per Zufall

**Arbeitsmigrant\*innen in Katar oder Leben unter Besatzung: Der Fotograf Mohamed Badarne konzentriert sich bei seiner Arbeit auf die Menschen und will das Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeit schärfen.** Von Olalla Piñeiro Trigo

© Mohamed Badarne



In Katar stiess Mohamed Badarne auf prekäre Lebensbedingungen, unter denen die ausländischen Arbeitskräfte leben mussten.

**E**r war Tellerwäscher in einem Restaurant, Arbeiter auf einem Bauernhof, Kellner in einer Shawarma-Bude in Tel Aviv, Gymnasiallehrer, Aktivist in humanitären Organisationen: Der 45-jährige Mohamed Badarne war schon überall, bevor er «ein bisschen zufällig» Fotograf wurde. «Ein Freund von mir mochte meine Fotos und hat mich dazu gedrängt, es

© ZVG



Für Mohamed Badarne ist die Fotografie Mittel zum Zweck: Ungerechtigkeiten aufzeigen.

zu versuchen», erzählt er. Daraufhin begann er, seine Heimat Palästina fotografisch festzuhalten: Arbeiter ohne Schutzkleidung, Kinder, die in einem Dorf ohne Strom- und Wasserversorgung spielen, ein Ehepaar inmitten eines zerstörten Dorfes – kurz gesagt, den Alltag einer Bevölkerung, die unter Besatzung lebt. «Ich möchte mit meinen Fotografien auf soziale Ungerechtigkeiten aufmerksam machen», sagt Mohamed Badarne.

Im vergangenen Dezember kam er in die Schweiz, um seine Bilder von Arbeitsmigrant\*innen in Katar im Rahmen der Fussball-WM 2022 zu zeigen. Auch in der Ausstellung «The Forgotten Team» werden Ungerechtigkeiten thematisiert. «Als

ich einmal in Katar eingeladen war, eine Vernissage zu eröffnen, wurde ich wie ein Privilegiertes behandelt. Das inspirierte mich dazu, das Leben hinter dem Luxus und den 5-Stern-Hotels zu zeigen.» Während fünf Jahren durchstreifte Mohamed inkognito die Baustellen in Doha und die Orte, die von Arbeitsmigrant\*innen frequentiert werden – den Menschen, die die Weltmeisterschaft erst möglich gemacht haben. Daraus entstand eine Ausstellung mit dem Ziel, die Öffentlichkeit für die prekären Arbeitsbedingungen und das Leid der Arbeiter\*innen zu sensibilisieren. «Die Gesichter dieser Menschen sollten in die Geschichte eingehen, als Zeugnis.»

Die Fotografie ist ihm kein Selbstzweck, sondern Werkzeug. Was Mohamed interessiert, ist der Mensch hinter der Linse. «Ich arbeite mit Menschen zusammen, die besondere Bedürfnisse und schwierige Geschichten haben.» Verbindungen zu den Abgebildeten herzustellen, ist Teil des Prozesses: So reiste er nach Nepal, um die Familien der Arbeitsmigrant\*innen von Katar zu treffen. Mit der Mehrheit blieb er in Kontakt. Er hat auch Unterstützungsfonds für die Kinder von verstorbenen Arbeiter\*innen eingerichtet.

Gefährdeten Menschen ihre Würde zurückzugeben, ist der Antrieb des Fotografen, der sich kritisch mit dem westlichen Blick auseinandersetzt. Mohamed Badarne weigert sich, die Abgebildeten in einer Opferposition zu zeigen, wie dies mit arabischen oder afrikanischen Menschen oft gemacht werde. Sein anderer Blick sei wohl von seinen eigenen Erfahrungen geprägt: «Ich kann mich leicht mit meinen Motiven identifizieren, da ich selbst prekäre Jobs hatte, aus einer grossen Familie mit neun Kindern stamme und ähnliche kulturelle Codes teile. Meine Sicht ist wohl näher an der Realität, denn beispielsweise wurde auch ich schon verhaftet, nur weil ich Mohamed heisse.»

# IST LUISA HIER?\*



© André Gottschalk

**Annika Biedermann** ist Slam-Poetin und widmet ihre Texte öfter Themen wie sexualisierter Gewalt.

Ich weiss nicht, wann ich Luisa zum ersten Mal begegnete,  
aber ich weiss, dass ich sie brauch  
Als Begleitung in der Nacht,  
Klarheit zwischen Schall und Rauch.

Doch Luisa ist nicht immer da.  
Wie ich spüre, wenn sie fehlt.  
Wenn man sich traut, nach ihr zu fragen,  
ist es manchmal schon zu spät.

Sie fehlt mir an so vielen Orten,  
Auf der Strasse, im Zug,  
Auf mich fällt die Verantwortung,  
die Luisa trug.

Eine Frau kommt zu mir, setzt zur Umarmung an,  
Ich frage nicht, nehme sie in den Arm und dann,  
sind wir auf besondere Art verbunden.  
*Luisa*, sagt sie, ich dachte, *du seist verschwunden*.

Ich bin Luisa, zumindest in dem Moment,  
und gebe ihr zu verstehen:  
Bleib bei mir, ganz ungehemmt,  
Ich bin bei dir, bis sie gehen.  
Willst du ein Glas Wasser oder lieber tanzen?  
Soll ich dir ein Taxi rufen und weg hier von dem Ganzen?

Wer auch immer dir gefolgt ist,  
wie auch immer er pfiif:  
Das ist kein Kompliment,  
Das ist ein Übergriff.  
Worum auch immer er dich bat,  
du brauchst dafür keine Geduld,  
Was auch immer er dir tat,  
es ist nicht deine Schuld.

Sie traut sich nicht, es zu sagen, es sei ja nichts passiert,  
Das müsse sie halt ertragen, sonst hätte sie sich blamiert.  
Ich gebe ihr zu verstehen: Was sie empfindet, das ist echt;  
Warum sonst setzt es dich stundenlang ausser Gefecht?

Luisa glaubt dir,  
Sie ist wie eine beste Freundin, wie eine Schwester, und  
Vor allem kommt *Luisa* leichter über die Lippen als  
*Hilfe, ich erlebe sexuelle Belästigung*.

Der Name Luisa hat einen Kopftou,  
damit man ihn auch in lauten Umgebungen gut versteht.  
Luisa ist das Codewort,  
wenn es nicht mehr geht.

Manchmal bin ich Luisa, manchmal sehn ich mich nach ihr,  
Nach der Gewissheit, einfach sein zu können, ohne dass etwas passiert.

*Wo ist Luisa?*, denke ich,  
werden Grenzen überschritten.  
Stattdessen laufe ich mit Schlüssel in der Hand  
und mit schnellen Schritten.  
Warum kann ich nicht Luisas Hand greifen,  
wenn ich diesen Blick im Nacken spür?  
Warum sitzt Luisa nicht in meinem Abteil,  
wenn jemand mein Knie berührt?

Mein Körper gehört mir, doch oft fühlt es sich nicht so an.  
Manchmal kleben fremde Hände oder Blicke an mir dran,  
So sehr, dass ich ihn verlier.  
Im Moment der lüsternen Blicke  
gehört mein Körper nicht mehr mir.

Komm, wir verbünden uns, bilden Banden,  
Sind füreinander da, kommt einer ihr Körper abhanden.  
Luisa ist hier, Luisa kämpft,  
aber bekämpft nur ein Symptom,  
Luisa ist ein kleines Pflaster für ein riesiges Problem,  
Ein winziger Hebel gegen ein patriarchales System.

Komm, wir halten einander den Rücken frei  
und hören aufs Gefühl im Bauch,  
Lasst uns alle Luisa sein,  
damit es Luisa nicht mehr braucht.

\*Mit dem Codewort «Luisa» können Frauen, die sich bedrängt, belästigt oder aus anderen Gründen unwohl fühlen, in Nachtclubs oder Bars Hilfe anfordern.

# AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,  
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE  
AUF SHOP.AMNESTY.CH**

## GELBE SIGG-FLASCHE

Klassische Sigg-Flasche aus  
Aluminium (0,6 Liter).  
Gelbe Lackierung mit Logo.



Art. 2300.021.G / Fr. 25.–

Andere Farben (Aquablau, Edelmetall,  
Weiss) unter shop.amnesty.ch erhältlich.

## SCHLÜSSELBAND/UMHÄNGEBAND

Umhängeband (Lanyard) mit Karabinerhaken  
und Amnesty-Logo. Das Umhängeband ist  
praktisch für Schlüssel, Badge  
oder Ähnliches.  
Hergestellt in Italien  
aus 100% recyceltem  
PET (Polyester).

Art. 2300.024 / Fr. 5.–



## TASCHENMESSER VICTORINOX HUNTSMAN LITE

Victorinox Taschenmesser im Amnesty-Design  
mit 21 Funktionen.

Art. 2200.085.H / Fr. 63.–

## REGENSCHIRM

Stahlstock mit Doppelautomatik,  
Schirm-Durchmesser offen: 97 cm.  
Herkunft: China.

Art. 2300.032 / Fr. 25.–



## ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: \_\_\_\_\_ Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Mitglieder-/Kund\*innen-Nummer: \_\_\_\_\_

Bestellungen an:  
Amnesty International,  
Postfach, 3001 Bern  
oder auf  
shop.amnesty.ch



© Valentin Spirichak/TASS/Sipa

## UKRAINE EIN DÜSTERES JAHR FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Seit dem 24. Februar 2022 wird das humanitäre Völkerrecht von den russischen Streitkräften in der Ukraine regelmässig mit Füßen getreten. Amnesty setzt ihre Rechercharbeit fort, um die Kriegsverbrechen zu dokumentieren und anzuprangern.

Es ist nun schon mehr als ein Jahr her, seit die ersten russischen Panzer in die Ukraine eindrangen. Was vom Kremlchef als «friedenserhaltende» Operation dargestellt wurde, zeigte schnell sein wahres Gesicht: eine Invasion, unter der vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat. Nachdem der erste Schock über einen Krieg auf europäischem Boden überwunden war, verschwand das Thema nach und nach von den Titelseiten unserer Zeitungen. Dabei wächst die Zahl der russischen Kriegsverbrechen, die Amnesty International seit Beginn des Konflikts ausführlich dokumentiert, ständig an: willkürliche Angriffe, die Verwendung verbotener Munition, die Schlies-

sung humanitärer Korridore, Massaker in den besetzten Gebieten, Zwangstransfers und willkürliche Inhaftierungen von Zivilpersonen. Dazu kam in jüngster Zeit die Zerstörung der ukrainischen Energieinfrastruktur mit dem einzigen Ziel, die ukrainische Bevölkerung zu demoralisieren. In Russland selber werden die wenigen Stimmen, die es wagen, sich dem Krieg zu widersetzen, brutal unterdrückt.

Vor einem Jahr forderte Amnesty Schweiz mit 15000 Unterschriften den russischen Botschafter auf, sich für die Beendigung der Feindseligkeiten einzusetzen – ohne Erfolg. Wir nahmen an mehreren Demonstrationen und Solidaritätsaktionen teil und machten da-

mit Druck auf die offizielle Schweiz, mutmassliche Kriegsprofiteur\*innen zu bestrafen und sich offiziell für den Wiederaufbau einzusetzen.

Dieser Krieg gegen eine europäische Bevölkerung führte zu einer beispiellosen Welle der Solidarität. Innerhalb eines Jahres flohen mehr als 3 Millionen Menschen aus der Ukraine. Davon fanden rund 70 000 in der Schweiz Zuflucht. Bereits in den ersten Monaten des Konflikts organisierten sich Menschen, um der Ukraine zu helfen. Andere nahmen Geflüchtete in ihrem Haushalt auf, boten Sprachkurse an oder halfen ihnen, sich im Land zurechtzufinden – persönliche Initiativen, die zeigen, dass die Menschenrechte jeden etwas angehen.

Auch wenn dieser Krieg ins Stocken gerät, so dürfen wir ihn keinesfalls vergessen. Bleiben wir solidarisch! Auch Amnesty International arbeitet weiter vor Ort und aus der Ferne, um die auf ukrainischem Boden begangenen Kriegsverbrechen zu dokumentieren und öffentlich zu machen.

Lisa Salza, Kampagnenkoordinatorin,  
Länderverantwortliche für Nord- und Südamerika, Europa und Zentralasien

**Verschiedene Amnesty-Gruppen zeigen demnächst den Film «Pushing Boundaries», der wenig bekannte Facetten des Ukraine-Konflikts aufzeigt. Er bietet eine gute Grundlage für Diskussionen über die aktuelle Lage.**

**Weitere Informationen: [amnesty.ch/agenda](https://amnesty.ch/agenda)**

**Möchten Sie selber eine Filmvorführung organisieren?**

**Wenden Sie sich an Lisa Salza ([lsalza@amnesty.ch](mailto:lsalza@amnesty.ch))**

## IHRE AUSSAGE ZÄHLT

Das neue Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) trat am 1. Juni 2022 in Kraft. Einige Monate später wurden die ersten Zwangsmassnahmen nach dem neuen Gesetz ausgesprochen. Laut Amnesty International und Menschenrechtsexpert\*innen der Uno und des Europarats führen diese Präventivmassnahmen (elektronische Überwachung, Kontaktverbot, Reiseverbot, Hausarrest) zu Grund- und Menschenrechtsverletzungen. Sie können nämlich von der Bundespolizei ohne Verdacht und grösstenteils ohne vorherige richterliche Kontrolle angeordnet werden.

Amnesty International ist Mitglied der Arbeitsgruppe «Sicherheit» der Schweizer Plattform der Menschenrechts-NGOs, die die Umsetzung des PMT verfolgt. Die Arbeitsgruppe möchte symbolträchtige Fälle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen.

**Wenn Sie von Fällen wissen, in denen polizeiliche Präventivmassnahmen angeordnet wurden, wenden Sie sich bitte an Alicia Giraudel, Koordinatorin der Gruppe «Sicherheit»: [agiraudel@amnesty.ch](mailto:agiraudel@amnesty.ch).**



## UNSERE AKTION IM BILD

### ERFOLGREICHER BRIEFMARATHON 2022

Auch am Briefmarathon 2022 gingen unsere Aktivist\*innen und Regionalgruppen im Dezember wieder zahlreich auf die Strasse und sammelten mehr als 10 000 Briefe zur Unterstützung von Menschenrechtsaktivist\*innen in Gefahr. Im Bild der Stand der Gruppe Winterthur.

# IRAN AKTION AM 8. MÄRZ: «FRAU, LEBEN, FREIHEIT!»

Am 8. März zeigen wir unsere Solidarität mit den mutigen Menschen im Iran, die für die Rechte von Frauen, für Freiheit und für Demokratie demonstrieren.

Der Tod der Iranerin Jina Mahsa Amini, die im September von der «Sittenpolizei» festgenommen wurde, weil sie die diskriminierende Kleiderordnung angeblich nicht eingehalten hatte, hat im Iran eine riesige Protestwelle ausgelöst. Es waren Frauen, die als Erste auf die Strasse gingen, ihre Kopftücher verbrannten, sich die Haare abschnitten und riefen: «Frau, Leben, Freiheit!» Die Demonstrationen breiteten sich im ganzen Land aus; insbesondere die ethnischen Minderheiten in Belutschistan und in den kurdischen Gebieten trugen sie weiter.

Die Regierung reagiert äusserst brutal. Hunderte Menschen wurden bislang getötet, Zehntausende verhaftet und viele in unfairen Prozessen zum Tode verurteilt. Im Dezember und Januar wurden vier junge Männer hingerichtet.



© Amnesty International/Stephane LeLarge

Am 8. März zeigen wir unsere Unterstützung für die Menschen im Iran und fordern die Freilassung der inhaftierten Demonstrant\*innen und das Ende der Todesstrafe.

Anita Streule und Cyrielle Huguenot, Kampagnenkoordinatorinnen

Weitere Informationen: [amnesty.ch/veranstaltungen](https://amnesty.ch/veranstaltungen)



## PETITION HINRICHTUNGEN STOPPEN

### An die oberste Justizautorität des Iran

Seit Monaten demonstrieren mutige Menschen im Iran für die Rechte von Frauen, für Freiheit und für Demokratie. Die Behörden gehen mit unverhältnismässiger Härte gegen die Protestierenden vor. Mehrere Personen wurden bereits ohne einen fairen Prozess verurteilt und hingerichtet. Weiteren Menschen droht die Todesstrafe.

Wir fordern Sie auf, alle Schuldsprüche und Todesurteile gegen Protestierende umgehend aufzuheben und keine Todesurteile mehr zu vollstrecken. Wir bitten Sie darüber hinaus, umgehend ein offizielles Hinrichtungsmoratorium zu verhängen mit dem Ziel, die Todesstrafe ganz abzuschaffen.

Schützen Sie das Recht von Angeklagten und Inhaftierten auf Zugang zu ihren Familien und zu Rechtsbeiständen ihrer Wahl.

Untersuchen Sie Folttervorwürfe und gewähren Sie unabhängigen Beobachter\*innen Zugang zu Strafverfahren von Protestierenden.

Personen, die lediglich aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Menschenrechte festgenommen wurden, müssen umgehend freigelassen werden.

HIER UNTERSCHREIBEN  
ODER VIA QR-CODE ZUR  
ONLINE-PETITION



Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			

# KURSPROGRAMM 2023

Die Schweizer Sektion von Amnesty International bietet spannende Weiterbildungen an. In unseren alltagsnahen Kursen lernen Sie Ihre Menschenrechte kennen und üben mit interaktiven Tools und Methoden, Ihre Rechte und die Ihrer Mitmenschen zu schützen. Bilden Sie sich weiter und lernen Sie, im Alltag gegen Ungerechtigkeiten vorzugehen und Lösungen für die Probleme der Zukunft zu finden.

Folgende Themen und noch viel mehr finden Sie in unserem Kursprogramm: «Argumentieren gegen Diskriminierung», «Zivilcourage gegen Sexismus», «Klimakrise und Menschenrechte» oder «Engagiert und resilient – achtsamkeitsbasierte Methoden für Aktivist\*innen».

Schauen Sie rein, wir freuen uns auf Sie:

[WWW.AMNESTY.CH/KURSE](http://WWW.AMNESTY.CH/KURSE)



**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen  
Certificat suisse de qualité pour les institutions de formation continue  
Certificato svizzero di qualità per istituzioni di formazione continua



**AMNESTY INTERNATIONAL** Schweizer Sektion  
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern  
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33  
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch  
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8